

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Postamtstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 50 Pfg. Postanweisung Nr. 40882, S. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für viergespaltene, Arbeit- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 178.

Sonntag, den 2. August 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Ein Lübecker Konklave.

Fast zur selben Zeit, da in Rom die Kardinäle im Konklave zusammentreten, um für den durch Pius XIII. Tod verwaisten Stuhl Petri einen Vertreter zu küren, vollzieht sich in Lübeck's Mauern ein Vorgang, der in gewisser Beziehung eine Aehnlichkeit mit dem in Rom aufweist. Zwar sind die Träger der Wahlhandlung, wie sich das auch von selbst versteht, keine purpurtragenden Kardinäle, sondern nur einfache Bürger, Kaufleute und Juristen; auch wählen sie keinen päpstlichen Oberhirten, sondern nur einen kaufmännischen Senator, um die durch Herrn G. A. Behn's Austritt aus dem Senate entstandene Vakanz zu begeben. Aber das Wahlverfahren an sich ist vielfach verwandt: in Rom wie in Lübeck eine gewisse Geheimnisthämerei, wenn man auch in Lübeck die Wahlbürger nicht gerade, wie die Kardinäle, einmauert, und sie erst dann wieder aus dem Verschluß herausläßt, bis sie eine Wahl getroffen haben.

Bis zum Jahre 1848, in der „guten, alten Zeit“, war eine Senatorenwahl eine verhältnismäßig sehr leichte Sache. Die Verfassung beruhte bis zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen auf den Bestimmungen des sogenannten Bürgerregiments vom 9. Januar 1669. Danach besaß der Rath, wie der Senat hieß, das Selbstergänzungsrecht. Nach dem Reglement sollte jede erledigte Rathsstelle innerhalb vier Wochen neu besetzt werden, aber man kehrte sich fast niemals an diese Frist. Während in der älteren Zeit die Neuwahlen öfters erst nach jahrelanger Vakanz der Stellen vorgenommen worden sind, erfolgte seit Ende des vorigen (18.) Jahrhunderts gewöhnlich zur Zeit der Rathsführung (Vertheilung der Ämter), die im Februar (Petri Stuhlfest; am 22.) stattfand, die Neubesehung der im verfloffenen Verwaltungsjahre erledigten Rathsstellen. (Verfassungsgeschichte des Lübeckischen Freistaates von Dr. F. Bruns.)

Hinsichtlich der Wahlfähigkeit war das Selbstergänzungsrecht nur geringen Beschränkungen unterworfen. Die Hauptsache war, daß das zu wählende Rathsmittel über 30 Jahre alt war. Ferner sollten nicht Vater und Sohn, Brüder, Schwester- und Brüdertöchter, Schwiegervater und Schwiegerohn, Schwäger und „andere, welche in eben solchem oder näherem Verwandtschaftsgrade zu einander standen, zugleich im Rathe sitzen. Ferner sollte Niemand gewählt werden, der in fremder Herren Eid und Pflicht stand. Ein kaiserliches Privileg von 1670 befreite jedoch die Mitglieder der sog. Zirkelbrüderkompagnie (d. i. der adeligen Geschlechter) sowie der Kaufleutekompagnie (Großhändler) von den einschränkenden Bestimmungen in Bezug auf den Verwandtschaftsgrad, sowie eine bestimmte Zahl von Rathsstellen. Für beide Stände sollte einzig und allein die althergebrachte Bestimmung des Stadtrechts in Betracht kommen, wonach nur Vater und Sohn, sowie zwei Brüder nicht gleichzeitig dem Rathe angehören durften. Selbstverständlich war dadurch der Vetterverbot — wörtlich genommen! — Thür und Thor geöffnet, und beide Stände haben von dem kaiserlichen Privileg, wie sich leicht begreifen läßt, weitgehendste Nutzen gezogen; nicht immer zum Nutzen der Stadt.

Die gebräuchlichste Art und Weise bei einer Rathswahl war: — nachdem unterm 15. August 1846 erstatteten Bericht der mit der Begutachtung einer Reform des Senates betrauten Kommission der gemeinsamen Verfassungs-Revisionskommission — die folgende: Der Senat looste aus seiner Mitte zwei „Vorschlags Herren“, einen Bürgermeister und einen Rathsherrn, aus. Diese hatten, ohne daß irgend wie weiter eine Besprechung stattfand, jeder einen Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Nachdem sodann die „Vorschlags Herren“ abgetreten waren, wurde, falls nicht etwa die nun über beide vorgeschlagenen Kandidaten eröffnete Umfrage ergab, daß der eine oder der andere nicht wählbar war, also ein neuer Vorschlag erforderlich wurde, einer der Vorgesetzten von den noch übrigen Rathsmitgliedern gewählt. Bei Strafe des Verlustes „der Stadt Wohnung“ und zehn Mark löthigen Goldes (1 Mark löthiges Gold gleich 72 Gulden) war der Erwählte nach dem Stadtrechte zur Annahme der Wahl verpflichtet. Trat das neue Rathsmittel sein Amt an, so hatte es zuvor erst noch folgenden Eid zu leisten: „Ich gelobe und schwöre, daß ich Gottes des Allmächtigen und des Heiligen Römischen Reichs Ehre und dieser Stadt Nutzen und Bestes nach meinem höchsten Verstande und Vermögen fördern und fortsetzen, auch recht richten wolke, den Armen als den Reichen und den Reichen als den Armen, und solches keinerlei Weise durch Liebe oder Haß, durch Mithie oder Gehinge, noch durch Gift oder Gaben unterlassen. Ich will auch in Kraft dieses Eides helen und verschweigen, was mir zu schweigen gebühret, und keine Reichbildsrenten auf diese Stadt verlaufen lassen, es sei dann Notthage. Dergleichen gelobe ich auch, daß ich bei allen künftigen Wahlen auf Freundschaft oder Verwandtschaft, Gift oder Gaben oder Hoffnung eines davon habenden Vortheils, noch andern mit oder meiner Kunst angehen-

den Respekts nicht, sondern einzig und allein dahin mein Ansehen richten will, daß dem publico mit denen zu erwählenden Personen wohlgedienet sein möge. So wahr mir Gott helfe!“

Obwohl, wie männiglich bekannt, 1806 das „Heilige Römische Reich“ in Trümmer ging, wurde auch noch nach diesem Zeitpunkt an dem vollen Wortlaut des Eides festgehalten!

Dergestalt war also das Wahlverfahren bei Besetzung von Senatstellen bis zum Jahre 1848, wo dann die „Hydra der Revolution“ mit diesem veralteten Verfahren energisch aufräumte, — um aber nur ein neues an seine Stelle zu setzen, dem nicht minder der Geruch des Mittelalters anhaftet, und welches sich im allgemeinen bis auf die Gegenwart erhalten hat. Aufgehoben wurde, um nur das Wichtigste zu erwähnen, 1875 die bei der Verfassungsrevision im Jahre 1848 jedem Bürger auferlegte Verpflichtung, einer Wahl in den Senat bei Verlust des Bürgerrechts und eines Theils seines Vermögens nachzukommen. Begründet wurde die Aenderung damit: ein solcher Zwang widerstreite der Würde des Senates als Theilhabers der höchsten Staatsgewalt; zugleich enthalte er aber auch, bei der Lebenslänglichkeit des Amtes, gegen den Einzelnen eine ungewöhnliche, der Vernichtung der bürgerlichen Freiheit fast gleich kommende Härte, für welche jetzt um so weniger noch eine Nöthigung vorliege, „seitdem die früher allerdings unzureichenden Honorare der Senatsmitglieder neuerdings angemessen erhöht sind.“ Dem entsprechend wurde auch der Austritt aus dem Senate jeder Zeit freigestellt.

Im Uebrigen verläuft eine Senatorenwahl zur Zeit verfassungsmäßig wie folgt: Sobald eine Stelle im Senat erledigt ist, muß sie nach Art 8 der Verfassung innerhalb vier Wochen wieder besetzt werden; sollten mehrere Stellen gleichzeitig erledigt sein, so sind die verschiedenen Wahlen an verschiedenen Tagen vorzunehmen. Bei jeder Wahl ist das vorgeschriebene Verfahren aufs Neue einzuleiten. Wenn zur Wahl eines neuen Senators zu schreiten ist, so ruft der Senat die Bürgerchaft, die 120 Vertreter der lübischen Bürger, zusammen. Nachdem die letztere versammelt ist, zeigt der Senat derselben durch Kommissare, abgeordnete Senatoren, an, wie viele von seinen vierzehn Mitgliedern zur Vornahme der Wahl sich eingefunden haben, und fordert die Bürgerchaft auf, eine gleich große Anzahl aus den in ihrer Versammlung Erschienenen zu Wahlbürgern zu erwählen. Die Wahlbürger werden dann von den Kommissaren in den Rathssaal geführt; Die Bürgerchaft selbst wird entlassen. Darauf treten die Mitglieder des Senates und die Wahlbürger zu einer Wahlversammlung zusammen und leisten, nachdem der im Senate den Vorsitz führende Bürgermeister die das Verfahren bei der Wahl bestimmenden Vorschriften der Verfassung verlesen hat, folgenden Eid: „Ich gelobe und schwöre zu Gott, daß ich bei der jetzt vorzunehmenden Wahl eines Mitgliedes des Senates die bestehenden Vorschriften genau befolgen, über alles, was in den Wahlkammern oder unter den Obmännern gesprochen werden wird, das strengste Stillschweigen beobachten und nur demjenigen meine Stimme geben will, welcher nach meiner Ueberzeugung der Würdigste ist: So wahr mir Gott helfe!“ Der Bürgermeister liest die Eidesformel vor und alle Anwesenden sprechen die Worte: „Ich schwöre es!“

Hierauf werden drei aus je zwei Mitgliedern des Senates und je zwei Wahlbürgern bestehende Wahlkammern durch das Loos gebildet, und zwar in der Art, daß zuerst unter die Mitglieder des Senates, mit Ausschluß des den Vorsitz führenden Bürgermeisters, und hierauf unter die Wahlbürger Loose ausgetheilt werden, von denen jedesmal zwei mit der Nummer I, zwei mit der Nummer II und zwei mit der Nummer III bezeichnet, die übrigen aber unbezeichnet sind. Jede Wahlkammer begiebt sich dann in das für sie bestimmte Wahlzimmer. Die im Rathssaale zurückbleibenden Senatsmitglieder und Wahlbürger erwählen aber, wieder durch das Loos, aus ihrer Mitte zwei Mitglieder des Senates und zwei Wahlbürger zur Entgegennahme und Aufzeichnung der Stimmzettel bei einer etwaigen allgemeinen Wahl, auf die wir noch weiter unten zu sprechen kommen.

Die Mitglieder der Wahlkammern dürfen bis zur Beendigung ihres Wahlgeschäftes nicht leise mit Jemandem reden, auch nicht das Wahlzimmer verlassen. Von keiner Wahlkammer und von keinem Mitgliede derselben darf an eine andere Wahlkammer oder an ein Mitglied der anderen Wahlkammern, auch nicht an die im Rathssaale Zurückgebliebenen, und eben so wenig von diesen an jene, irgend eine Mittheilung erfolgen.

In jeder Wahlkammer führt das seinem Amte nach älteste Senatsmitglied den Vorsitz. Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß die Mitglieder der Wahlkammern einzeln diejenigen Bürger nennen, welche sie als Aunwärter für den freien Senatsitz vorzugsweise geeignet erachten; doch darf in keiner Wahlkammer ein in ihr selbst sitzender Wahl-

bürger genannt werden, wohl aber Mitglieder der beiden andern Kammern.

Nachdem hierauf die von dem Vorsitzenden angefertigte Liste sämtlicher genannten Personen durch Ausschreiben der nach den Bestimmungen der Verfassung nicht wählbaren berichtigt ist, fordert der Vorsitzende die Mitglieder der Wahlkammer zu einer freimüthigen Besprechung über alle diejenigen auf, deren Namen auf der Liste geblieben sind. Nach beendeter Umsprache wird zur Wahl des von der Kammer vorzuschlagenden geschritten, indem jedes Mitglied der Kammer den Namen Desjenigen aufschreibt, welchen es unter den auf der Wahlliste Gebliebenen für den Würdigsten hält. Sind wenigstens drei Stimmen für ein, und dieselbe Person abgegeben, so ist diese von der Wahlkammer vorzuschlagen. Bertheilen sich dagegen die abgegebenen Stimmen über drei oder vier Personen und wird auch bei wiederholter Umstimmung die zum Vorschlag erforderliche Stimmenzahl nicht erreicht, so wird ein Obmann durch das Loos aus der Mitte der Wahlkammer bestimmt, zum Zweck der Entscheidung darüber, welche von denjenigen Personen, die nur eine Stimme erhalten haben, auf der Wahlliste zu streichen ist, worauf über die auf derselben verbleibenden Personen von neuem abgestimmt wird. Sollte sich unter zwei Personen Stimmengleichheit ergeben und diese durch eine wiederholte Umstimmung nicht gehoben sein, so wird ebenfalls mit der Auslosung eines Obmannes aus der Mitte der Wahlkammer verfahren, welcher in diesem Falle zu entscheiden hat, wer von den beiden in Frage stehenden Personen durch die Wahlkammer vorzuschlagen ist.

Sobald eine Wahlkammer ihr Geschäft beendet hat, läßt sie dem im Senate den Vorsitz führenden Bürgermeister davon Anzeige machen. Nachdem dies von allen drei Wahlkammern geschehen ist, werden die Mitglieder derselben aufgefordert, sich wieder in den Rathssaal zu versetzen, wo dann jeder Vorsitzende den von seiner Wahlkammer vorgeschlagenen nennt. Haben sämtliche Wahlkammern dieselbe Person in Vorschlag gebracht, so erklärt der Bürgermeister diese sofort als zum Mitgliede des Senates erwählt. Sind aber zwei oder drei Personen vorgeschlagen, so ist durch die ganze Wahlversammlung einer der Vorgesetzten nach unbedingter Stimmenmehrheit, durch geheime Abstimmung mittelst Stimmzetteln, zu wählen, ohne daß eine weitere Besprechung über die in Vorschlag gebrachten Personen stattfindet.

Sollte sich der Fall ereignen, daß unter den drei vorgeschlagenen die Stimmen sich so vertheilen, daß niemand von ihnen die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhält, so wird die Wahl unter Weglassung Desjenigen, auf welchen die wenigsten Stimmen gefallen sind, fortgesetzt. Sollten gar alle drei vorgeschlagenen oder zwei derselben neben dem Dritten eine gleiche Stimmenzahl erhalten, so wird zuvor versucht, durch eine Wiederholung der Abstimmung die Stimmengleichheit zu beseitigen; mißlingt auch dieser Versuch, so werden aus sämtlichen Theilnehmern an der Wahlhandlung fünf Obmänner ausgelost, welche in ein besonderes Zimmer treten und dort nach Stimmenmehrheit zu entscheiden haben, wer von denjenigen vorgeschlagenen, auf welche eine gleiche Stimmenzahl gefallen ist, von der Wahlliste wegzulassen ist, worauf über die auf derselben verbleibenden Personen von Neuem abgestimmt wird.

Ergiebt sich Stimmengleichheit für zwei auf der Wahlliste verbliebene Personen und wird auch diese bei einer nochmaligen Umstimmung nicht beseitigt, so wird in gleicher Weise mit der Auslosung von fünf Obmännern verfahren, welche in diesem Falle nach Stimmenmehrheit über einen der beiden vorgeschlagenen sich zu vereinigen haben. Der von ihnen Genannte wird sodann dem Bürgermeister für gewählt erklärt.

Würde einer der Wahlbürger selbst unter den von den Wahlkammern vorgeschlagenen oder unter denjenigen sich befinden, welche nach wiederholtem Wahlversuche gleich viele Stimmen erhalten haben, so kann er zwar in jenem Falle an der Wahl theilnehmen, in diesem aber nicht zum Obmann ausgelost werden.

In der nächsten, nach der Wahl stattfindenden Versammlung des Senates wird dann das neu erwählte Mitglied in Gegenwart des Bürgerausschusses feierlich eingeführt und leistet folgenden Eid: „Als neu erwähltes Mitglied des Senates dieser freien Stadt gelobe und schwöre ich zu Gott: Ich will meinem Amte gewissenhaft vorstehen, das Wohl des Staates nach allen meinen Kräften erstreben, die Verfassung desselben getreu befolgen, das öffentliche Gut redlich verwalten und bei meiner Amtsführung, namentlich auch bei allen Wahlen, weder auf eigenen Vortheil noch auf Verwandtschaft oder Freundschaft Rücksicht nehmen. Ich will die Gesetze des Staates handhaben und Gerechtigkeit über gegen Jeden, er sei reich oder arm. Ich will auch verschwiegen sein in Allem, was Verschwiegenheit erfordert, besonders aber will ich geheim halten, was geheim zu halten mir geboten wird. So wahr mir Gott helfe!“

Um nun wieder auf das Wahlverfahren zurückzukommen: es ist, wie man gesehen hat, ziemlich kompliziert, und kann es trotz in dieser Hinsicht mit dem bei der Papstwahl auf-

nehmen. Wenn nun trotzdem eine Senatorenwahl in Lübeck nicht, wie fast stets die Papstwahl in Rom, Tage lang dauert, sondern meistens in wenigen Stunden erledigt ist, so liegt dies daran, daß auch in Lübeck „mit Wasser gelocht“ wird. An und für sich ist die Auswahl unter den Anwärtern auf einen Senatsposten ohnehin nicht sehr groß, und zudem ist bei der jetzigen Zusammensetzung der Bürgerschaft nicht zu erwarten, daß — von wenigen Ausnahmen abgesehen — innerhalb der Wahlkammern jemals größere Reibungen entstehen. Im Großen und Ganzen ist man sich schon allseitig fast immer im Voraus einig über den „neuen Herrn“.

Trotz alledem wird jedermann zugeben müssen, daß das Wahlverfahren höchst veraltet ist und nur wenig noch in das 20. Jahrhundert hineinpaßt. Mit der Geheimnisthämerei, die bei der Wahl obwaltet, kann man doch nur große Kinder blenden, die Auguren und die mit den ganzen Verhältnissen Vertrauten lächeln einfach darüber. Vorläufig ist indessen wohl noch kaum daran zu denken, daß dieses Wahlverfahren eine Aenderung erfährt. In der Bürgerschaft, von der die Umwälzung ausgehen müßte, giebt der Vaterstädtische Verein den Ton an, und dieser ist, wie man zur Gemüthe weiß, jedweder Verfassungsänderung abgeneigt, es sei denn etwa, daß das Wahlrecht zur Bürgerschaft aufs Neue verhandelt werden sollte. Die Sozialdemokratie aber, die einzig und allein noch als Gegnerin der Vaterstädtischen in Betracht kommt und fordert, daß die Senatoren durch sämtliche wahlberechtigten Bürger Lübecks erwählt werden sollten, ist vorläufig im Parlament des Stadtstaates Lübeck noch nicht vertreten. Um so mehr aber ist es unsere Pflicht, heute, als am Vorabend der neuen Senatorenwahl, den Ruf zu erheben:

Wahl der Senatoren durch sämtliche Bürger Lübecks!

Politische Mundschau.

Deutschland.

Beginn der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen. Wie das russische Handels-Telegraphen-Bureau aus Petersburg meldet, werden die Sitzungen der Kommission zur Revision des deutsch-russischen Handelsvertrages in Petersburg am 3. August d. J. beginnen. Die deutschen Kommissare begeben sich heute, Sonnabend, nach der russischen Hauptstadt.

Augen um Augen, Zahn um Zahn! Der „New York Tribune“ wird aus Washington gemeldet: Das Aderbanamt eruchte das Schöpfung, gemäß dem Nahrungs-mittelgesetz mehrere Sendungen deutscher Fleischwaren, Würste und Delikatessen in New York anzuhalten, bis Proben derselben analysirt sind. — Die deutschen Produzenten mögen sich bei anderen Agrariern für diese amerikanische Lebens-würdigkeit bedanken.

Freihändlerische Agrarier. „Die giebt's ja gar nicht“, werden viele sagen. Doch, die giebt es; allerdings nicht in Deutschland, sondern in Dänemark. Auf der in der vorigen Woche in Aarhus abgehaltenen Jahresversammlung des dänischen Agrarvereins wurde Satsbesitzer R. A. Weitzholz aus Rarup zum Vorsitzenden des Vereins gewählt. Aus diesem Anlaß hat er, der „Köf.“ Zeitung zufolge, eine längere Erklärung veröffentlicht, worin er sein freihändlerisches Programm entwickelt. Er geht von der Voraussetzung aus, daß seine Wahl als Ausdruck der freihändlerischen Gesinnung des Vereins, als eine Befräftigung der Ratnap-Resolution betrachtet werden muß, die damit beginnt: „Dänemarks Bauern wünschen keinen Zoll auf Korn und Futterstoffe. Wir suchen keinen Schutz auf Seiten anderer, und wir wünschen nicht, die nothwendigsten Lebensbedürfnisse unserer eigenen Völke zu verteuern.“ Glückliches Dänemark!

Abweisung der freien Arznei bei den Kranken-kassen. In der medizinischen Klasse wird gegenwärtig ein Vorschlag erörtert, der bezweckt, die Schwierigkeiten, die mit der freien Behandlung der Kranken seitens der Krankenkassen verbunden sind, beseitigen zu beabsichtigen, daß die Krankenkassen keine Arzneien mehr bezahlen sollen. Diese soll sich vielmehr das Krankenkassen selbst beschaffen. Darnach würde, so meint der betr. Arzt, der unentgeltliche Arztwundermannt Kommissar lieber am liebsten befristet werden und die fortwährenden Kämpfe der Krankenkassen mit den Ärzten aus dem Spiel zu nehmen. Als Ersatz könnten dann entweder die Beiträge erhöht oder die sonstigen Leistungen der Kassen erhöht werden. Dieser Vorschlag wird jedoch kaum Aussicht haben, verwirklicht zu werden. Denn es läßt sich nicht annehmen, daß die Staatsregierung, nachdem sie 1892 den freien Heilfällen die Verpflichtung auferlegt hat, ihren Mitgliedschaften freie Arznei und Krankengeld zu gewähren, jetzt darauf zu haben sein wird, ein so wichtiges Glied der ganzen Krankenversicherung wieder zu beseitigen. Die Bewirkung des Vorchlages wäre aber auch nicht einmal im Interesse der Ärzte gelegen; denn gewöhnlich trägt in einer solchen und gründlichen Heilung der Kranken die leichte Beschaffung der Arzneien ein gutes Theil bei. Die würde es aber dann anstehen, wenn, nach Anweisung des Vorchlages, der Arzt zwar keine Arzneien verschreiben würde, der Kranke jedoch erklärte, er besitze keine Mittel, diese zu beschaffen! Die Heilung der Krankheiten würde vielleicht verzögert werden und den Kranken hätte in gleicher Weise die Krankenkassen und die Kassen zu tragen.

Schäpische Gemeinde-Reaktion. Die jüdischen Schüler, die sich die jüdischen Religionslehren am 16. und 23. Juni schon haben, brachten, wie man weiß, auch die jüdischen Religionslehren eines Anstandes zum Bestehen. Jener, der die jüdischen Schüler jetzt ist ein „Republikan“ des Landes, und man ist nicht bei der Arbeit, nach dem Gesetz, daß wir bei der Zeit, aber noch ist nicht mit ein „Republikan“ heranzugewachsen, das zwar den Sozialdemokraten nicht geht, was ihnen geschieht, aber doch die Ungleichheit des jüdischen Landes ein klein wenig besser verkraftet als das Gebot-Behot von 1896. Gleichwohl aber ist der verantwortliche Minister der Sozialdemokratie, Herr v. Meißner, einig am Werk, der allezeit gewissen Verantwortlichkeit einen anderen Weg der Sozialdemokraten anzuzeigen zu empfinden. Auf einem jüdischen Eintritte zu Paris verlegte er den einzigen langjährigen Sozialdemokraten nach die Verantwortlichkeit eines verschärften Kampfes gegen den „Republikan“. Das heißt mit anderen Worten: wir sind noch dem jüdischen Sozialdemokraten...

bruch bei der diesjährigen Reichstagswahl auch auf dem Gebiete des Landtags-Wahlrechts „Konzessionen“ machen müssen, so muß dafür an anderer Stelle um so energischer das Recht der Sozialdemokraten beschnitten werden. Nämlich in den Gemeinden! In Sachsen haben wir es mit der Zeit auf mehr als 800 sozialdemokratische Gemeindebevollmächtigte gebracht und die Aussichten auf eine Vermehrung dieser Zahl sind sehr günstig. Da heißt es für die Reaktionsären natürlich: vorbeugen! Und so sehen wir sie denn schon seit langer Zeit in vielen Gemeinden eifrig mit der Verschlechterung des Gemeinde-Wahlrechts beschäftigt. Wo bisher allgemeines und gleiches Wahlrecht bestand, wird es zu einem Klassen-Wahlrecht umgefächert; wo ein Dreiklassen-Wahlrecht schon früher eingeführt war, schafft man neuerdings Vier- oder gar Fünfklassen-Wahlrecht! Die Regierung als Aufsichtsbehörde versagt solchen Bestrebungen niemals ihre Billigung, in einzelnen Gemeinden forderte sie sogar zu dem „üblichen Thun“ auf. Ein nettes Vorspiel man dieser Tage in Rhyland. Diese Stadt, die bisher noch das gleiche und direkte kommunal-Wahlrecht besaß, wünscht sich der sogenannten revidirten sächsischen Städte-Ordnung zu unterstellen. Als der Bürgermeister Jurt seinen Entwurf des abgeänderten Ortsstatuts dem Stadtgemeinderathe präsenteirte, bemerkte er dabei, nun müsse man wohl das Dreiklassen-Wahlrecht einführen; er selbst sei zwar kein Freund dieser Maßregel, aber die Regierung werde ohne sie schwerlich die nothwendige Genehmigung erteilen!

Kleine politische Nachrichten. Der vierte Verbandstag des Verbandes Deutscher Mietherevereine findet am 5. und 6. September in Dresden statt. — Durch Beschluß der Strafkammer in Genua wird der internationale Spion und ehemalige preussische Pionierleutnant Hellmuth Weijel an das Deutsche Reich wegen Wechselfälschung und Betruges ausgeliefert werden. — Der französische Marineminister Belletan hat verfügt, daß bei dem Stapellauf des neu erbauten Panzerkreuzers „Terri“ jede religiöse Feierlichkeit unterbleibt. — In Caracas protestirte das diplomatische Korps dagegen, daß dem spanischen Konsul in La Guanra anlässlich eines Korpsittes mit den Lokalbehörden wegen Geltendmachung von Forderungen das Exequatur entzogen wurde.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 1. August.

Ueber die Forderungen der Sozialdemokratie ist auch im verflochtenen Wahlkampf von Seiten unserer Gegner wieder in der gewohnten Weise gehöhnt und gespoitert worden. Man hat diese Forderungen als Utopien bezeichnet, an deren Durchführbarkeit wir selbst nicht glauben. Dennoch lehrt uns ein Blick auf unsere Programmforderungen, wie berechtigt und leicht durchführbar ein nicht geringer Theil derselben selbst innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist. Es bedarf zu deren Durchführung nicht erst des „Ultimatus“ der gegenwärtigen, das Eigenthum selbst über das Menschenleben stellenden Gesellschaftsordnung. Unter diesen, heute schon zu verwirklichenden Programmforderungen befindet sich u. A. auch die auf Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließliche der Geburtshilfe und der Heilmittel.

Man komme uns nun nicht mit dem lächerlichen Einwand, diese Forderung lasse sich nicht verwirklichen. Ein Land, das jährlich Millionen und Abermillionen für die Verächtung und Erhaltung von Heer und Flotte verausgabt und zu diesem Zwecke die Steuern des Volkes in immer erhöhterem Maße in Anspruch nimmt, ein solches Land sollte doch auch die Mittel haben, um das Arznei-, Apotheken- und Hebammenwesen zu verstaatlichen, um nach Einführung eines gesetzlichen, die höheren Einkommen mehr als bisher belastenden Steuerregimes, jedem Menschen die unentgeltliche Hilfeleistung in Krankheitsfällen zu ermöglichen. In den zivilisirten Ländern ist man ja bereits soweit fortgeschritten, daß man auf Kosten der gesamten Bevölkerung das Eigenthum aller Bewohner durch die Polizei schützt. Warum kann man da nicht auch das Leben aller Einwohner bei Erkrankungen auf Kosten der gesamten Bevölkerung schützen? Oder ist die Verhütung in unserer Gesellschaftsordnung bereits wirklich so weit vorgeschritten, daß man den Schutz des Eigenthums über den Schutz des Menschenlebens stellt? Man kann hieran wohl leider nicht zweifeln.

Ueber die Nothwendigkeit der unentgeltlichen ärztlichen Hilfeleistung bedarf es wohl keiner Worte. Jeder, der nicht auf den Höhen der menschlichen Gesellschaft wandelt, der vielleicht aus eigener Anschauung das Leben und die Leiden aller derer kennt, denen nicht die Gnadensonne des Geldsacks scheint, weiß zur Genüge, wie sehr recht häufig die Armen der Armen unter dem Mangel dieser Einrichtung leiden, wie manches Menschenleben diesem Mangel schon zum Opfer gefallen ist. Wir brauchen hier nur eines Falles zu gedenken, der noch in aller Erinnerung ist. Wir meinen jene betäubende Vergiftungsaffäre in Hamburg, die leider drei Menschen das Leben gekostet hat. Zwei derselben hätten sicherlich vom Tode errettet werden können, wenn unserer Forderung entsprochen wäre. Denn daß der betr. Arzt aus Angst davor, daß ihm event. der Verdienst verloren gehen könnte, die beiden armen Menschen nicht behandelt, wie vielmehr in gefühlloser Weise ihrem Schicksal überlassen hat, das ist eben eine Folge des Mangels der unentgeltlichen ärztlichen Hilfeleistung.

Doch auch an einem Fall, der sich vor wenigen Tagen hier in Lübeck ereignet hat, läßt sich die Nothwendigkeit der Verwirklichung unserer Forderung illustriren. Am Dienstag wurde ein in Röhling wohnhafter Angestellter einer hiesigen Gesellschaft plötzlich von heftigen Leibschmerzen befallen. Auf Veranlassung seiner Vorgesetzten begab sich der junge Mann, der Mitglied der Ortskrankenkasse ist, zum Mitgliedsbuch aber nicht bei sich hatte, zu zwei Ärzten der Kasse, die er jedoch nicht annahm. Nachdem er sich an einen Spezialarzt, der die Behandlung ablehnte, weil er nicht Arzt der Kasse sei. Da sich der Schmerz noch vermehrte, suchte der junge Mann den Polizeiarzt Dr. Feldmann auf, hoffend, daß er hier behandelt würde. Dieser Arzt aber wies den jungen Mann in gerade nicht sehr freundlichem Tone ab: „Das geht mich das an, melden Sie sich beim Polizeiarzt.“ Dagegen, sicherlich nicht von dem Polizeiarzt zugehende Handlungswiese des Polizeiarztes gegenüber einem Manne, der durch seine Dienst-tätigkeit als Angestellter einer auch dem Polizeiarzt sehr gut...

bekannten Gesellschaft kenntlich war, hätte nicht in Anwendung gebracht werden können, wenn unsere Forderung verwirklicht wäre.

Diese beiden, die Nothwendigkeit der unentgeltlichen ärztlichen Hilfeleistung kennzeichnenden Fälle, die durch Beispiele aus anderen Städten noch ergänzt werden könnten, genügen vollauf. In dem einen Fall sind zwei Menschenleben vernichtet worden, während der andere Fall sehr leicht schlimme, unter Umständen sogar lebensgefährliche Folgen hätte nach sich ziehen können. — Möge diese Erörterung mit dazu beitragen, daß die Zahl derjenigen, die Schulter an Schulter mit uns für die Verwirklichung unserer Ideen kämpfen, immer größer werde. Nur darin liegt die Gewähr für die Durchführung der von Utopien weit entfernten Forderungen der Sozialdemokratie!

Julius Heyer, eine unseren Lübeckern Genossen sehr bekannte Persönlichkeit, ist gestern Vormittag in Altona im 58. Lebensjahre verstorben. Dem Verbliebenen, der 1876 von Altona nach Lübeck übersiedelte, verdankt die hiesige Arbeiterschaft und insbesondere die Sozialdemokratie außerordentlich viel. Mit einem selten anzutreffenden Feuererifer widmete er sich hier der Parteithätigkeit. Widrige Lebensschicksale haben leider diese tüchtige Kraft allzu früh gebrochen; sie haben bewirkt, daß H. im Gegensatz zu seiner früheren Entwicklung sich auf den Boden des starren Cassalleanismus stellte und nicht mit der Partei fortschritt. Im Jahre 1893 kehrte der Verstorbene, an Körper und Geist gebrochen, nach Altona zurück. Nun hat auch ihn der unerbittliche Tod geholt. Die Lübecker Genossen aber werden niemals vergessen, daß Heyer in Lübeck das Samentorn des Sozialismus pflanzte; sie werden dem alten Kämpfer deshalb auch ein ehrendes Andenken bewahren!

Eine wichtige Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Montag Abend statt. Auf der Tagesordnung derselben steht u. A.: Stellungnahme zum Deutschen und zum Mecklenburgischen Parteitag und Wahl der Delegirten. Außerdem erfolgt die Berichterstattung des Reichstags- und Bürgerschaftswahlkomitees. Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist zu erwarten.

Zur Lohnbewegung der Lastarbeit. Auch eine in der „Flora“ abgehaltene öffentliche Versammlung sämtlicher auf den kleinen Sägemühlen beschäftigten Arbeiter nahm nach einem Referat des Kollegen Müller eine Resolution an, deren Wortlaut sich mit den in den anderen Versammlungen angenommenen Resolutions deckt. Auch in dieser Versammlung wurde von allen Rednern betont, daß zunächst die Stärkung der Organisation die Hauptaufgabe der Kollegen sein müsse.

Ueber den Bau der Gasanstalt in der Genierstraße ist die Sperre verhängt worden. Kein Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter darf dort in Arbeit treten. Die Lohnkommission.

Sozialdemokratischer Verein. Die Bibliothek ist Montag Abend von 8-9 Uhr geöffnet.

Wer ist der Todte? Am 6. Juli d. J. ist, wie f. St. auch berichtet, bei Travemünde in der Traue ein Mann infolge einer unsinnigen Wette ertrunken, der Papiere bei sich führte, die auf Carl Lehmann, Schlächtergeselle, geboren am 21. März 1856 zu Hamburg, lauten. In Hamburg hat nicht festgestellt werden können, daß ein Carl Lehmann zur angegebenen Zeit dort geboren ist. Der Verstorbene wird wie folgt beschrieben: 1,66 Meter groß, dunkelblondes Haar, starker, dunkelblonder Schnurrbart, niedrige Stirn, graue Augen, mittelgroße, etwas gebogene Nase, rundes Kinn, volles Gesicht, kräftige Statur. Er trug Tätowirungen, und zwar auf dem linken Unterarm: einen Ochsenkopf, umgeben mit einer Blätterranke, unter dieser die Zahl 1855; auf dem rechten Unterarm: ein Frauenbrustbild, der untere Theil umgeben mit einer Blätterranke und unter dieser zwei Kreuze und ein Herz. Bekleidet war er mit blauer Tuchmütze mit Lederbüchse, grau-braunem Jackett, blaugrauer, mit schmalen schwarzen Streifen versehener Hose, blau und weißgestreifter Blouse, blau, roth und weißgestreiftem Hemd, Halbstiefeln. Die Staatsanwaltschaft erucht um nähere Mittheilungen über die Person des Todten.

Eine Sturmwarnung für die Nordsee und westliche Ostsee erließ die Seewarte in Hamburg gestern Nachmittag. Nach derselben ist die Gefahr stark aufsteigender Winde aus westlichen Richtungen vorhanden.

pb. Betrug. Ein unbekannt gebliebener Mann erschwindelte sich am 31. v. Mts. Vormittags bei einem hiesigen Schuhmachermeister auf den Namen eines hiesigen Kaufmannes ein Paar Schnürstiefel im Werthe von 6 Mk., indem er ein Schreiben mit der aufgedruckten Firma des Kaufmannes vorlegte. Der Schwindler, anscheinend ein Kontorbote oder Kellner, ist etwa 26 Jahre alt, 1,65 Meter groß, mit hellblondem Haar und Schnurrbart, blauen Augen, spitzem Kinn, ovalem Gesicht, blauer Gesichtsfarbe und schlanker Statur. Er trug einen weißen Strohhut, dunkelgrau-farrrirten Rockanfang und schwarze Zugstiefel.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Gegen einen Arbeiter, der dringend verdächtig ist, einem hiesigen Fuhrunternehmer von seiner Landparzelle Gras entwendet zu haben, wurde Anzeige erstattet. — Ein Schuhmacher erstattete gegen einen Arbeiter und zwei unbekannte Männer Anzeige wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs. — Gegen ein Dienstmädchen wurde Anzeige wegen Gottesgeldschwindels erstattet. — Eine Ehefrau brachte zur Anzeige, daß ihr aus einer unverhofften Kommode 37 Mk. gestohlen seien.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern 18 Grad C.

Stöckelsdorf. Achtung Parteigenossen! Am Sonntag, den 2. August, Abends 8 Uhr, findet eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Stöckelsdorf und Umgegend statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung: „Aenderung des § 3 des Statuts“ steht rege Theilnahme zu erwarten.

Entin. In der letzten Gemeinderathssitzung stand abermals die Kanalisation der Zuflußgräben zum Stadigraben auf der Tagesordnung. Die Beschlußfassung wurde wiederum ausgesetzt und die Sache dem Stadtmagistrat überwiesen, um zu prüfen, in welchem Maße die Interessenten zu den Kosten herangezogen werden können. Die Beratungen über die zur Tagesordnung stehenden Bebauungspläne a) zwischen Weberhain und Weidestraße, b) am Faulenbau, wurden vertagt, bis die Polizeiverordnung betr. Straßenbau usw. Gesetz geworden sei. In der durch die Ueberwölbung des Stadigrabens nothwendig gewordenen Einfriedigung des Knabenschulhofes bewilligte der Gemeinderath auf Antrag des Stadtmagistrats 158 Mark. Auf Antrag des Gen. Nebenstiftes stellte der Stadtmagistrat in Aussicht, die Zielanlage...

am südlichen Ende des Weidestrasse durch Kanalisation und Anlegung von Schlammgruben zu verbessern.

Entin. Die Mietstages auf Fehmaru sind nach einer Mittheilung des Genossen Nebenstorf auf den 4., 5. und 6. August d. J. angelegt.

Mülln. Am 1. d. M. Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung: Diejenigen Einwohner hiesiger Stadt, welche Wohnungen an Kurgäste vermieten wollen, werden ersucht, die Zahl der Zimmer nebst Preisen für Miethe, Pension u. auf dem Magistratsbureau und bei dem Kaufmann Diehl, Bahnhofstraße Nr. 31 hier selbst, anzugeben.

Ans der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Arbeiter in Hamburg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern u. A. 9stündige Arbeitszeit für Bau- und Kundschafarbeit 60 Pfg. und für Baden-, Emballage- und Druckarbeit 55 Pfg. Stundenlohn. Falls bis heute, Sonnabend, Abend nicht bewilligt wird, soll Montag die Arbeit eingestellt werden. — Auch die Dachdecker in Hamburg haben beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten; sie fordern Erhöhung des Lohnes von 60 auf 65 Pfg. pro Stunde und Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der von der Anlage der fahrlässigen Herbeiführung der Kollision des Kreuzers „Fregata“ und des Tenders „Brummer“ im November 1902 freigesprochene Kapitän zur See Jacobsen in Kiel wurde in zweiter Instanz zu dreitägiger Kammerschlichte verurtheilt. — Durch einen Zusammenstoß mit dem Linienfähren „Kaiser Wilhelm II.“ vor dem Trodenböck in Kiel wurde der schwedische Dreimastfähren „Edda“ erheblich beschädigt. — Das Unwetter in Mecklenburg scheint noch weitere Folgen gehabt zu haben. Aus Kargow wird gemeldet: Als Dienstag Abend zwei auf dem hiesigen Gute bedienstete Mädchen in den vom Blitzstrahl getroffenen Keller gingen, um Eis herauf zu holen, blieben beide bewußtlos liegen. Bisher konnte erst das eine Mädchen wieder ins Bewußtsein zurückgerufen werden. Und aus Friedland liegt folgende Nachricht vor: Während des Gewitters schlug der Blitz in das Wohnhaus des Lehrers Mülling in Kotelow, woselbst sich auch die Postagentur befindet, und zündete. Die Familie des Lehrers konnte nur das nackte Leben retten, die Posttaschen konnten in Sicherheit gebracht werden. — Bei einem Feuer in dem Viehhause des Erbpächters Meier-Borbeck bei Schwaa in verbrannten jämmerliche Kühe, sowie ein Fohlen. — Bei einem Brande im Hause Schifferstraße 9 in Breitenhagen erstickten die Dienstmagd und die Pflgetochter des Wirthes Voigt.

Hamburg. Zu der Vergiftungsaffäre wird mitgetheilt, daß das von der Kriminalpolizei eingeleitete Verfahren gegen Unbekannt wegen Giftmordes auf Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt worden ist, weil eigenes Verschulden vorliegt. Aus diesem Grunde ist auch die angeordnete Legalfektion der Leichen der drei gestorbenen Lumpensammler von der Staatsanwaltschaft inhibirt worden. Damit hat der bedauerenswerthe Fall seine Erledigung gefunden. Obman das Verfahren wohl auch dann eingestellt haben würde, wenn vielleicht Kinder aus wohlhabenden Kreisen die Flasche gefunden, davon getrunken hätten und dann gestorben wären???

Wandsbek. Gute geficherte Existenzbedingung bis ins Alter hinein! Vor dem Schöffengericht konnte, so schreibt das „S. C.“, Mittwoch die Probe auf dies Gremmel gemacht werden. Unter der Anklage des Bettelns im oft wiederholten Rückfalle erschien ein 43 Jahre alter Drechsler vor den Schranken; er wurde zu 2 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt; ein Urtheil, daß der Mann an allen Gliedern zitternd entgegennahm. Er ist ein hilfloser Krüppel; durch einen Fall erlitt er eine Rückenfraktur, die ihn arbeitsunfähig macht; um sich aufrechterhalten zu können, trägt er ein Korsett. Er bezieht eine Invalidenrente von 12,75 Mk. monatlich! Das Gericht schenkte ihm Glauben, daß es ihm wohl unmöglich sei, damit sein Dasein zu fristen, es mußte aber dennoch auf die genannte harte Strafe erkennen, da in solchem Falle der Mann sich an die Behörde des Ortes, wo er seinen Unterstüßungswohnsitz hat, hätte um Armenunterstützung wenden können und müssen. — Geficherte Existenz im Arbeitshaufe! Der Mann machte den Eindruck eines Todeskandidaten. So schaurig es klingen mag — der Gedanke, daß der Tod den Armen bald von den Leiden dieser Rentenempfänger-ergänzung erlösen werde, hat etwas Beruhigendes, trotz ungeringer so sehr gerühmten sozialen „Fürsorge.“

Binneberg. Das geplante Gewerkschaftsfest, welches am verfloßenen Sonntag stattfinden sollte, wurde vom Bürgermeister Heinson verboten. Die Zimmerer und Maurer hatten sich aber schon für einen solchen Fall vorgeesehen und beschlossen, falls das Gewerkschaftsfest verboten werde, zwei Vereinskästlichkeiten abzuhalten. Aus welchem Grunde das Gewerkschaftsfest verboten wurde, war nicht mitgetheilt. Das ist ja bei Arbeitern auch nicht nöthig; hier verbietet man einfach ohne Angabe von Gründen.

Heiligenhafen. Ein Maurerball ohne polizeiliche Erlaubnis war etwas ganz Neues für Heiligenhafen, und deshalb war unser Städtchen in großer Aufregung, als es bekannt wurde, daß die Maurer am letzten Sonntag einen Ball abhalten wollten, ohne den Herrn Bürgermeister um Erlaubnis zu fragen. Natürlich hatte der Vorsitzende der Zahlstelle den Ball rechtzeitig bei dem Bürgermeister angemeldet und auch die Lustbarkeitssteuer entrichten wollen. Der Bürgermeister aber erklärte, die Maurer-Zahlstelle sei keine geschlossene Gesellschaft, und nahm das Geld nicht an. Auch der Wirth des Lokals, Herr Duncker, hatte es rechtzeitig angemeldet, daß er kein Lokal dem Verein vermietet habe. So kam der Sonntag heran, und mancher, der dem Maurerverband nicht grün ist, freute sich schon darauf, daß der Ball polizeilich aufgelöst würde. Präzise um 8 Uhr Abends eröffnete Herr Musikdirektor Gasse mit seiner Kapelle den Ball, gleich darauf aber erschien auch der Oberpolizist Krey im Lokal und wünschte den Vorsitzenden zu sprechen. In sehr anständiger Weise und im ruhigen Tone führte er im Auftrag des Bürgermeisters Schätelig dem Vorsitzenden vor Augen, welche schlimme Folgen es für ihn haben könnte, wenn er den Ball nicht abbrechen würde, er könnte ihn sofort verhaften, wenn er nicht seinen Anordnungen Folge leisten würde, und würde er sich dann widersetzen, so wäre

das Widerstand gegen die Staatsgewalt und die Folge wäre Zuchthausstrafe. Auch dem Festkomiteemitglied A. Bausch suchte der Beamte dies klar zu machen, jedoch reichte der Verstand der beiden Kollegen nicht so weit, daß sie den Standpunkt des Beamten begreifen konnten. Kollege Bausch machte u. A. den Polizisten darauf aufmerksam, daß der Verband das Lokal des Herrn Duncker für den Abend gemietet und deshalb die Polizei nichts darin zu suchen habe. Daraufhin meinte der Beamte: „Wenn Sie denn also nicht ausbilden wollen, dann werde ich nochmals zum Herrn Bürgermeister gehen und es ihm mittheilen und werde Ihnen dann Bescheid bringen. Es sollte mir aber leid thun, wenn ich dann zur Verhaftung schreiben müßte. Ich kann nichts dafür, denn ich muß den mir gegebenen Befehl ausführen!“ Darin pflichteten die beiden Kollegen ihm vollständig bei und gingen mit einem bedauerlichen Nicken von ihm weg. Nach ca. 10 Minuten erschien der Beamte wieder auf der Bildfläche und forderte den Vorsitzenden, Kollegen Thee, nochmals auf, Feierabend zu machen. Als dies aber wieder nichts half, sondern dieser ihm kurz erklärte, der Ball werde auf alle Fälle stattfinden, bat der Beamte um die Erlaubnis, nach der Bühne gehen zu dürfen, um mit dem Musikdirektor zu reden. Das wurde ihm natürlich ohne irgend welchen Einwand gestattet, jedoch begleitete Kollege Th. ihn dorthin. Herr Gasse aber, der gerade dabei war, einen Galopp zu spielen, wollte sich durchaus nicht von dem Beamten läßt lassen, sondern rief immer forscher über die Seiten — so daß sogar eine derselben sprang — bis Kollege Th. ihn aufforderte, zu pausieren und den Beamten ruhig anzuhören. Dieser überbrachte dem Kapellmeister einen schönen Gruß vom Herrn Bürgermeister mit der Aufforderung, er solle sofort aufhören. Darauf sagte Kollege Th.: „So, Herr Gasse, nun spielen Sie nur ruhig weiter, die Folgen hierfür übernehme ich, und prompt ting das ganze Orchester wieder an zu spielen, und der Tanz begann von Neuem. Man kann sich die Heiterkeit der zahlreichen Festtheilnehmer denken; in einem Theater hatte man sich sicher nicht besser amüßert. Die Gesellschaft blieb denn auch in froher Stimmung bis zum hellen Morgen zusammen und konnte mit der Genugthuung nach Hause gehen, daß die Polizei ihr wirklich einen großen Genuß bereitet hatte.“

Bremen. Die Pest an Bord eines Lloyd-Dampfers. Nach einer Depesche aus Triest erkrankten auf dem Lloyd-Dampfer „Melpomene“, der in Hongkong 260 Chinesen an Bord genommen hatte, während der Fahrt nach Singapur sechs dieser Chinesen unter pestverdächtigen Symptomen; vier starben, die beiden anderen sowie die übrigen Chinesen wurden in Singapur an Land gesetzt. Der Dampfer passirte dort die Quarantäne. Seitdem ist kein weiterer Krankheitsfall eingetreten. Auch bei der Untersuchung im Hafen von Triest wurden alle Passagiere bei guter Gesundheit befunden.

Hamburger Marktbericht.
Hamburg, 31. Juli.
Butter.
I. Qualität Mk. 98—104
II. Qualität 92—96

Zum 1. Oktober
eine freundliche Stagenwohnung,
3 Zimmer, Boden, Wasserloset, mit schöner Aussicht auf die Wallanlagen, Miethe 160 Mk.
eine freundliche Gangwohnung,
Miethe 92 Mk. Obertrave 57 a.

Kl. Wohnung, 2 Zim., Küche u. Bod.
Preis 140 Mk. Kl. Peterstraße 5.

Eine Wohnung zum 1. Oktober
Rageburger Allee 25 b, I.

Zum 1. Oktober eine abgeschlossene Etage,
3 gr. und 1 kl. Zimmer, Borplatz mit Wasserloset, Küche und Keller, Preis 240 Mk.
Brüderstraße 1 a

Wohnung, 3 Zimmer,
mit Zubehör, Petri-Kirchhof 1—3.
Näheres Goldsteinstr. 23.

Ein sedl. Zimmer für 1 Mann
Schlumacherstraße 16.

Alleinsteh. Frau von ein. Wittw. mit zwei Kind. im Alter v. 5 1/2 und 3 1/2 J. zur Führung d. Hausstandes gesucht.
Off. u. J. R. an die Exped. d. Bl.

Geübte Plätterin gesucht
Augustenstraße 12.

1 modern. gutbehalt. Kinderwagen
zu verkaufen Engelwisch 55, II.
Durch Zufall seine neue Herrenanzüge preiswert. Obertrave 10, zweite Thür links

Willy Koch,
Zahntechniker,
Lübeck, Holstenstr. 21.

Gut. bürgerl. Mittag- u. Abendtisch
30 u. 40 Pfg. Frau Bieckw., Mengst. 42.

Schweinefleisch 55 Pfg. Fohlen 60 Pfg.,
Kopf u. Bein 20 Pfg., ger. Vorderhinken
70 Pfg., fetten und mageren Speck 80 Pfg.,
ger. Mettwurst 80 Pfg. u. 1 Mk., gekochte
Mettwurst und Leberwurst 60 Pfg., Braunschwärzer
und Preßwurst 50 Pfg., bestes
Schmalz 70 Pfg., frisches Kopffleisch 30 Pfg.,
M. Lahrtz,
Ferusprecher 1291. Böttcherstr.

Schweinefleisch Pfd. 55 Pfg.
Karbonade " 70
Gef. Schinken " 1 Mk.
Roh. Schinf. i. Auszsch. " 1
Gef. u. Leberwurst " 60 Pfg.
Ger. Mettwurst " 1 Mk.
W. Strohsfeldt,
Glockengießerstraße 73
Markthallenstand Nr. 13 und 14.

Wegen Verkauf des Hauses Gr. Ausverkauf.

Als besonders preiswerth empfehle:

Gesäumte Bettlaken	von 1.35 bis 5 Mk.
" Handtücher	von 25 bis 90 Pfg.
" Kindertücher	von 30 bis 70 Pfg.
" Taschentücher	von 6 bis 50 Pfg.
" Staubtücher	von 8 bis 15 Pfg.
" Vortücher	von 10 bis 15 Pfg.
" Servietten	von 18 Pfg. bis 2 Mk.
" Tischtücher	von 60 Pfg. bis 2 Mk.
Genähte Bettbezüge	von 2 bis 6 Mk.
" Kissenbezüge	von 60 Pfg. bis 1 Mk.
" Oberbetten, roth,	von 3,50 bis 10 Mk.
" Unterbetten	von 4 bis 10 Mk.
" Pfähle	von 1,50 bis 3 Mk.
" Kissen, roth u. gestr.,	von 80 Pfg. bis 2 Mk.
" Schinkenbentel, Kaffeebentel und Brodbentel	

zu den billigsten Preisen.

Heinr. Tesenfitz, Breitestraße 41.

Eine Parthie
Berger Flohberinge
zum Sanerleinlegen
5 Stück 10 Pfg.
Aug. Jensch, Gartenstraße 21.
Allerfeinste **Matjesberinge**
(delikatere Sommerfangheringe)
empfehlen **T. Buhrmann**
Goldsteinstraße 23.

Die Nord-Wacht.
Dreimal wöchentlich erscheinendes politisches Organ für das werththätige Volk Nordwestdeutschlands.
Preis monatl. 50 Pfg., vierteljähr. 1,50 Mk.
Redaktion u. Exped.: Bant, Neue Wilt.-Str. 82
Postzeitungsliste Nr. 5820. —
Zur Agitation auf dem Lande ganz besonders geeignet. **
Probenummern kesen zur Verfügung.

Fahrräder.
Reparatur aller Systeme.
Diebstehlen werden auf das Sauberste ausgeführt.
Sämmtliche Ersatztheile stets auf Lager.
— Eigene Emaille-Anstalt. —
K. Bentzien, Mecha., Finkenb. Al. 53.
Goldene u. silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Regalienstraße 35.

**Wesfer und Waffen,
Optische Waaren,
Löffel und Gabeln**
gut und billig bei
Diedrich Tesschau
27 Lübeck 1165
Breitestrasse. Fernruf.

**Das Lagerhaus u. Speditions-Geschäft
Fischergrube 52**
empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.
Es ist Thatsache, daß ich die meisten Verlobungs-Ringe an meine Arbeiter-Kundschaft verkaufe.
G. Creutzfeld, Goldschmied, Sandstr. 19

Ca. 2000 Pfd.
mag. Sped
per Pfd. 60 Pfg.
**Otto
Burckhardt**
Beckergrube 24.

WarenhausHansa

Heute, den 1. August, Beginn unseres

Saison-Räumungs- Ausverkauf.

- Posten **Schwarze Kinderstrümpfe** **30** Pfg.
Werth 30 Pfg., alle Grössen, durcheinander, Paar
- Posten **Wollene Damenstrümpfe**, schwarz, **40** Pfg.
deutschlang, jetzt Paar
- Posten **Reinwollene Cachemire-Damen-Strümpfe**, 4 Paar **2 Mk.**, Werth 1,20, Paar **60** Pfg.

- Posten **Kinder-Hänge-Schürzen**, schwerster **35** Pfg.
bunter Satin-Augusta-Stoff mit Passe, 45 u. 50 cm. lang
- Posten **Kinder-Hänge-Schürzen**, schwerer **45** Pfg.
Köper-Stoff, 45, 50 und 55 cm lang,
- Posten **Herren- u. Damen-Regenschirme** **1⁵⁰** Mk.
mit ganz kleinen Fehlern

Reste

Hemdentuch, Piqué, Bettsatin, Bettuch, Handtuch

zu enorm billigen Räumungs-Preisen.

Reste

Kleiderstoff, Kattun, Gardinen, Schürzenzeug

Damen- und Kinder-Konfektion.

- Posten **Hemdblusen**, leicht angestäubt **75** Pfg.
- Posten **Kattunblusen** sonst 2 25, jetzt **1.50** Mk.
- Posten **Reinwollene Blusen** sonst 6.75, jetzt **4.00** Mk.

- Posten **Kinderkleidchen**, Battist- und Kattun-Stoffe **40** Pfg.
Werth 1,50-3,50, jetzt 1,25 Mk., 60,
- Posten **Weisse Battist-Kinderkleidchen** **1.25** Mk.
zum Aussuchen, sonst bis 5,50, jetzt
- Posten **Reinwollene Kinderkleidchen** **2.00** Mk.
ganz auf Fatter, Werth 6 Mk., jetzt

ca. 2000 Veloutine-Blusen hübsche Streifen **95** Pfg.

Gardinen-Reste u. einzelne Shawls Stück **85, 60, 35, 20** Pfg.

- Posten **Schwarze Niedergürtel** Stück **22** Pfg.
- Posten **Schwarze Spitzenkragen** Stück **20** Pfg.

- Posten **Seidenband** Moire-Rips, schottisch und gepunkt. **15** Pfg.
4-9 cm breit, Meter 25, 20,

Leicht angestäubte Damen-Wäsche enorm billig.

- Posten **Ungarnirte Damenhüte** **25** Pfg.

- Posten **Damenhüte** mit einfachem Band garnirt **40** Pfg.

Bolero-Hüte mit einfachem Band garnirt, **95** Pfg.

Vollmar über die Vizepräsidentenfrage.

Zur Vizepräsidentenfrage, die vom Genossen Bernstein gleich nach Erledigung der Reichstagswahlen zum größten Gaudium der Gegner in die öffentliche Diskussion geworfen worden ist, hat am Montag in einer Münchener Versammlung auch Herr Vollmar Stellung genommen. Er sprach im allgemeinen über die Lehren und Folgen der Reichstagswahl und besprach dann am Schluß die erwähnte Frage. Er betonte zunächst, daß auch er den Zeitpunkt und die Art, wie Bernstein die Frage in die Diskussion gebracht, nicht für richtig gewählt halte, rügte dann aber auch die Art, wie Bernstein erwidert worden sei. Dann führte er zur Sache selbst aus:

Die meisten Genossen wissen wohl, daß es im Reichstage parlamentarische Gepflogenheit, wenn auch nicht ein förmliches Gesetz ist, daß der Präsident und die beiden Vizepräsidenten von den größten Parteien gestellt werden. Zwar ist diese Gepflogenheit schon einmal durchbrochen worden, als nämlich die Konservativen und National-Liberalen den Reichstag beherrschten und das damals noch als „Reichsfeind“ behandelte Zentrum hochmütig von der Scheinnahme am Präsidium ausschlossen, weshalb es, nebenbei gesagt, sich ganz besonders hübsch machen würde, wenn jetzt dasselbe Zentrum nun das gleiche Unrecht gegen uns Sozialdemokraten begehen würde. Jedenfalls wird jene Durchbrechung von der heutigen Mehrheit des Reichstages als Unrecht angesehen, und über unseren Rechtsanspruch kann daher kein Zweifel bestehen. Daß wir unsererseits diesen Anspruch auch geltend zu machen haben, darüber besteht innerhalb der Partei vollkommene Einstimmigkeit. Nun liegt die Sache aber so, daß bereits in den Jahren 1895—1898, wo wir unseren Anspruch auch schon erhoben haben, die anderen Parteien, soweit sie überhaupt unser Recht anerkannten, eine Bedingung daran knüpften, nämlich, daß unser Mitglied im Präsidium nicht nur die geschäftsordnungsmäßigen, sondern auch die herkömmlichen repräsentativen Obliegenheiten übernehmen müsse. Unter letzteren ist insbesondere der Besuch gemeint, den das Reichstagspräsidium nach dem Herkommen dem Kaiser macht, um die in der Geschäftsordnung vorgeschriebene Anzeige über die Konstituierung des Reichstages zu erstatten. Nun ist selbst in national-liberalen Blättern das Recht zur Ansetzung dieser Pflicht bezweifelt, jedenfalls aber ihre Erfüllung als eine Frage von ganz untergeordneter Bedeutung bezeichnet worden. Aber das ändert nichts daran, daß die Bedingung zweifellos wieder gestellt werden wird. Und wenn wir unseren wohlbegründeten Anspruch nicht nur demonstrativ, sondern ernstlich geltend machen wollen, dann werden wir auch alle herkömmlichen Pflichten übernehmen müssen. Die Diskussion innerhalb der Partei geht nun darüber: einmal ob wir die gestellte Bedingung übernehmen können, und dann, ob die Sache bedeutend genug ist, eine solche Entscheidung zu treffen. Nach meiner Ansicht ist die letztere Frage, also ob die Vortheile oder Nachteile überwiegen, durchaus einer ersten Erwägung werth, und sie kann auch allein ausschlaggebend sein. Nun ist soviel gewiß, daß die Frage keine solche erster Ordnung, keine weltbewegende ist, und ich bin wahrlich der Letzte, der ihr eine übertriebene Bedeutung beilegen und unsere Theilnahme am Präsidium als unter allen Umständen werthvoll hinstellen möchte. Aber ebenso verkehrt ist es, sie als völlig bedeutungslos und Gleichgültiges hinzustellen. Es ist richtig, daß das Präsidium keine Kollegialbehörde ist, sondern die Leitung allein in der Hand des Präsidenten liegt. Aber wenn dieser verhindert ist, selbst in einer Sitzung zu präsidiren, so handelt der amtierende Vizepräsident — wobei der erste dem zweiten vorgeht — vollkommen selbstständig, d. h. er leitet die Verhandlungen, bestimmt die Rednerliste und entscheidet in allen Fragen, welche nicht geschäfts-

ordnungsmäßig dem Beschluß des Hauses unterstehen. Sodann aber erhält der Vizepräsident durch den fortgesetzten Wechsel und seine ganze Stellung einen Einblick in den ganzen Gang der Geschäfte und Verhandlungen, und es würde selbstverständlich die Aufgabe unseres Vizepräsidenten sein, einen Einfluß zu gewinnen, der bei etwaigen Bergehaltungsversuchen — man denke nur an die Vertheilung des Zolltarifs — einen wesentlichen Schutz der Rechte der Minderheit bilden kann. Schon die bloße Existenz eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten und der Gedanke, daß er von etwa geplanten Parteilichkeiten vorher erfahren und dagegen eintreten könnte, würde sehr nützlich und ein loyales Verfahren sichernd wirken können. Nun können und werden aus unserer Theilnahme am Präsidium der Partei zweifellos nicht unerhebliche Schwierigkeiten erwachsen, und die Würde würde in der That keine leichte Bürde sein; man denke nur an die Konflikte, in welche die gegnerischen Parteien unseren Vizepräsidenten verwickeln könnten und die an die Umsicht und den Takt desselben große Anforderungen stellen würden. Aber seit wann ist es denn Mode in der Sozialdemokratie geworden, vor Schwierigkeiten zurückzuschrecken, anstatt sie zu überwinden? (Beifälliger Beifall.) Und haben wir nicht schon Schwierigkeiten ganz anderer Art überwunden? (Sehr richtig!)

Nun wird freilich gesagt: ein Sozialdemokrat könne sich unmöglich einem Monarchen vorstellen, denn das wäre ein „Opfer der Ueberzeugung“, eine „unserem Prinzip widersprechende Handlung“. Und dann wird die ganze Schrecklichkeit und Niedertracht des „Kuhpöschens“ mit kräftigen Farben geschildert. In einem einzigen, nicht langen Artikel eines besonders Eifrigen kommen in Bezug darauf folgende Stellen vor: „Höfliche Verbeugung vor der monarchischen Staatsform“, „entwürdigende Haltung“, „freiwillige Huldigung vor der Monarchie“, „Schlag ins Gesicht der drei Millionen Wähler“ (Große Heiterkeit), „höfliche Rückenkrümmung“ etc. mit Grazie. In neuerer Zeit wird das Thema sogar im Unterhaltungsbeilagen eines Parteiblattes weiter gesponnen und man führt Friedhofsszenen à la Don Juan mit verstorbenen Genossen auf, um die Sentimentalität in Bewegung zu setzen. (Heiterkeit.) Nun, auf die Gefahr hin, daß alle diese Dinge auch mir in mein — ohnehin schon stark belastetes — Schuldbuch geschrieben werden, sage ich, daß ich diese Dinge für hitzige Uebertreibung oder Stimmungsmache halte, und daß es sich vielmehr um eine Formfrage handelt, die gegenüber sachlichen Erwägungen zurückzutreten hat. Bernstein hat schon darauf hingewiesen, daß wir uns in den Einzelstaaten durch die Vorschrift des Verfassungseides weder am Wählen noch am Gewähltwerden hindern lassen! Darauf hat jener Artikel geantwortet, daß man sich „in einem monarchischen Land selbstverständlich nicht an Formalitäten stoßen“ dürfe. (Heiterkeit.) Aber ein formeller Staatsbesuch, eine gegenseitige Begrüßung, selbst eine Aussprache, die nicht gesucht werden, sondern in Ausübung eines parlamentarischen Amtes stattfinden, können doch unmöglich mehr verbinden, als ein feierliches Gelöbniß? Wenn wir Puristen genug wären, um zu glauben, daß schon die bloße wie immer gestaltete Verührung mit einem Fürsten unsere Prinzipien verderbe, mit welchem Sinn und Verstand sollten wir dann unseren Abkentionismus lediglich auf den obersten Repräsentanten der Monarchie beschränken und nicht ebenso auch den Verkehr mit anderen hohen Vertretern derselben, wie den Ministern, verweigern? Und dann sind wir doch keine bürgerlichen Republikaner, deren Denken sich in der Staatsform erschöpft, sondern uns sind wichtiger noch die gesellschaftlichen Einrichtungen. Folgerichtig dürften wir dann eigentlich auch mit deren hervorragenden Vertretern nicht in persönliche Verührung treten. Man sieht die Widersprüche, in die man geräth. Das zweifellos Berechtigte in der Abneigung gegen ein Zusammentreffen mit Fürsten ist das Gefühl des Abscheus vor der gesinnungs- und würdelosen Liebe-

dienererei und Schlepenträgererei, von der wir täglich Zeuge sind. Aber dies berechtigte Gefühl darf nicht zu einem Formalismus, einer Verwechslung der Form mit der Sache führen, die dadurch nicht vernünftiger wird, wenn sie ein pseudorevolutionäres Gewand trägt. Entscheidend kann doch unmöglich das Zusammentreffen als solches sein, sondern vielmehr dessen Zweck und die Art, in welcher es vor sich geht: ob man als Sakai oder als Freier und Gleicher handelt, ob man aus eigenem Antriebe und zu eigenem Vortheil oder Behagen, oder aber in Wahrnehmung eines Amtes, als Repräsentant der Gesetzgebung hingehet. Ganz ähnlich, wie ja die meisten, auch vor den Ministern lausbudeln und schmeicheln und Vortheile zu ergattern suchen, was uns aber doch nicht hindert und hindern kann, mit den Herren — insbesondere auch im Landtag — Verkehr zu pflegen und in einer fortgesetzten Fühlung zu stehen, wie sie zur richtigen Erfüllung unserer Pflichten als Volksvertreter notwendig ist und sicher unserer Selbstständigkeit und der Entschiedenheit in Vertretung unserer Grundsätze nie geschadet hat. Jaures hatte ganz recht, als er kürzlich bei Erörterung einer ähnlichen Zeremonienfrage sagte: „Nur durch ihre Thätigkeit kann die Partei die Welt revolutioniren und sie kann nur thätig sein in dem Milieu, das ihr durch die Geschichte gegeben wurde. Für Versuche empfindlich können nur jene sein, die fürchten, daß ihr sozialistischer Glaube Schaden nehmen könne, durch den Umgang mit einer königlichen Majestät oder durch die fleghafte Anziehungskraft eines diplomatischen Säbels.“ (Beifällige Zustimmung.)

In übrigen würde eine negative Entscheidung der Präsidentenfrage gar keine Lösung, sondern lediglich ein Hinausschieben der Lösung, sein. Denn bei der nächsten Wahl wird die Frage wiederkommen. Und was soll dann werden, wenn wir die erste Partei geworden oder wenn wir später einmal die Mehrheit sein werden? Und ferner, wenn wir so stark sein werden, daß uns endlich auch der gebührende Antheil an der vollziehenden Gewalt zufallen muß — sollen wir alsdann auch unser Handeln durch solche Formeln lähmen lassen? Nein, ich glaube, daß dieser ganzen Sache viel zu viel Bedeutung beigelegt wird, wie ich auch behaupte, daß mich die Umstände nöthigen, selbst so viele Worte darauf zu verwenden. Das entscheidende Moment in der Präsidentenfrage liegt, wie ich bereits gesagt habe, wo anders — es handelt sich darum, ob die zu erwartenden Vortheile die Nachteile aufwiegen oder umgekehrt. Aber daß ein Sozialdemokrat sich etwas vergäbe, wenn er als Vertreter des Reichstages mit dem verfassungsmäßigen Reichsoberhaupt zusammentrifft, das bestreite ich. Weiß er seinen Mann zu stellen — und ich denke, daß man dies Vertrauen in den von uns zu Wählenden nicht haben können — so wird er vielmehr viel dazu beitragen können, die Würde der Volksvertretung wirksam zur Geltung zu bringen. (Beifall.) Und wenn der Kaiser etwa die Wahrheit wissen will, dann würde er sie hören — er könnte es notwendig brauchen! (Stürmischer Beifall.)

Ich sehe die Sache also als eine Frage der Machterweiterung der Partei an und bin der Meinung, daß diese uns das Recht und die Pflicht auferlegt, uns an der Führung der Geschäfte zu betheiligen und die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen. Nun haben wir allerdings nicht allein zu entscheiden, es ist sehr wohl möglich, daß die Mehrheitsparteien uns trotzdem die ursprüngliche Forderung parlamentarischer Gerechtigkeit verweigern werden. Aber dann würden wir den großen Vortheil haben, daß unsern Gegnern auch der letzte Vorwand, der andernfalls ihrer Weigerung nach außen hin wenigstens einen Anschein von Recht geben könnte, genommen würde, und daß sie so genöthigt würden, den neuen Reichstag mit einer offenen unzweideutigen Bergewalt-

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

79. Fortsetzung.

Leider verfehlt Strohwisch aber dadurch vollkommen den beabsichtigten Zweck, denn die Familie Konford war in Hatzburg wirklich beliebt gewesen. Die alten Herrschaften galten allerdings für stolz, aber kein Nothleidender hatte je ihre Thür unbefehlet verlassen, alle Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten der Stadt waren von ihnen stets auf das Freigebigste bedacht worden, und der junge Graf und die Komtesse durch ihre Liebenswürdigkeit und ihr offenes, freundliches Betragen gegen Jeden, mit dem sie in Verührung kamen, allbeliebt in ganz Hatzburg gewesen. Das furchtbare Schicksal der Eltern bei so schwerem Verlust trug dann ebenfalls noch dazu bei, alle Schatten in dem allerdings etwas übermüthigen Charakter der Gräfin selber zu verwischen; was mußte ihr Mutterherz jetzt empfinden! — Desto unangenehmer wurden die Leser fast ohne Ausnahme von der rückwärts des Blattes berührt, mit welcher ein Leitartikel des Blattes das Unglück dieses edlen Hauses besprach. Einen unglücklicheren Moment hätte Strohwisch auch nicht wählen können, wenn ihm wirklich ein Erfolg am Herzen lag, als in derselben Nummer den Versuch zu machen, die Entrüstung des Publikums gegen die Theaterdirektion aufzurufen, die an diesem Abend die Rechte haben wollte, ihnen Herrn Horatius Rebe nochmals als Fiesco aufzuzwingen, dem er ein ganzliches Fiasco prophezeite. Das Blatt wurde Herrn Rebe unter Kreuzband in's Haus geschickt.

Jeremias hatte es ebenfalls gelesen, aber er ließ sich an dem ganzen Tag nicht bei Pfeffer's blicken, sondern ließ in einer merkwürdigen und an ihm sehr ungewöhnlichen Aufregung in der Stadt herum. Die Klagegeschichte mit Strohwisch konnte es auch nicht sein, denn die war schon abgemacht und

er dieses Mal mit einer nicht unbeträchtlichen Geldstrafe davon gekommen. Er tauchte auch oft in abgelegenen Straßen in kleine, ganz unansehnliche Spielunken ein, mit deren Bewohnern er einige Zeit verkehrte, stieg in dem Hause in den dritten, in jenem in den vierten Stock hinauf, und entwickelte überhaupt eine Thätigkeit, wie er sie vielleicht seit seinen Dienstjahren in Brasilien nicht mehr gezeigt hatte.

Um zwölf Uhr suchte er dabei kein Hotel auf, um sich nach der ungewohnten Anstrengung zu restauriren, sondern eine ganz gewöhnliche, noch dazu außer dem Weg gelegene Bierkneipe und Schenkwirtschaft, wo er sich ein Glas Bier und eine Portion Graupen und Rindfleisch, die einzigen Gegenstände, die auf der Speisekarte standen, geben ließ.

Er hatte dort aber noch nicht lange gegessen — und es war dabei augenscheinlich, daß er Jemanden erwartete, denn er sah fortwährend nach der Thür — als Peters, der Theaterdiener, auf der Schwelle erschien, ihm ziemlich vertraut zu- nickte, seinen alten Hut an einen Nagel hing und sich dann, wie zu einem alten Bekannten, neben ihn setzte.

„Na, das ist geschickt, Peters, daß Ihr kommt,“ sagte Jeremias.

„Werde doch die Fütterung nicht versäumen,“ bemerkte dieser, „wo sollte nachher die Kraft und Ausdauer herkommen!“

„Und Alles in Ordnung?“

„Alles; aber ich sage Ihnen, Herr Stolzhammer, ich fühle meine Beine nicht, und habe den letzten Groschen von dem Gelde ausgegeben!“

„Hier ist mehr,“ nickte ihm Jeremias zu, indem er ihm eine Zwanziggulden-Note in die Hand drückte, „wenn es die Leute nur vernünftig anfängen, daß es nicht auffällig wird.“

„Na, da können Sie sich ganz auf mich verlassen, aber der Durst...“

„Kellner, zwei Glas Bier!“

„Darin, dacht' ich, hätt' ich einige Übung,“ fuhr Peters fort, und wuschte sich schon im voraus nach dem Bier den

Mund, „Alles mit dem gehörigen Auer und zur rechten Zeit!“

„Und wenn welche pfeifen?“

„Desto besser, die werden hinausgeführt. Uebrigens habe ich mir noch einen Hauptkessel für derlei Sachen — ein außerordentlich nützliches Mitglied, wie unser Direktor sagt, hier um zwölf Uhr herbestellt, weil ich ihn nicht zu Hause traf.“

„So? kommt er?“

„Gewiß; es ist eine Art verdorbener Genie, das Gelegenheitsgedichte und dergleichen macht und eigentlich mit dem „Doktor“ befreundet; aber, lieber Gott, er hat immer Durst; auf Ihr Wohl, Herr Stolzhammer, und ein paar Gulden mehr auf die eine Seite können da schon was ausrichten!“

„Sie wissen, Herr Peters, daß es mir auf ein paar Gulden nicht ankommt.“

„Sehr hübsch von Ihnen,“ bemerkte Peters, „wollte, ich könnte dasselbe von mir sagen.“

„Wenn die Sache gut abläuft, soll es Ihr Schade gewiß nicht sein.“

„Was thut man nicht im Interesse der Direktion,“ bemerkte Peters bescheiden, „und wenn uns der Rebe nur ein Klein wenig hilft, und ich bin fest überzeugt, er wird seine Sache gut machen, so — aber da kommt er.“ Stieß er plötzlich seinen Nachbarn heimlich mit dem Ellbogen an. „Das ist der Hauptmatador von Allen — aber jetzt ruhig, daß er nichts merkt. Lassen Sie mich nur machen.“

Der Eintretende war eine auffallende Erscheinung, ein baumstarker Mensch mit blonden Haaren und blauen, etwas verschömmenen Augen. Die Nase dabei ein wenig gedübel, das Gesicht unraffirt, ging er, in einen braunen, sehr abgetragenen Ueberrod, trotz der warmen Witterung, bis oben hin eingehüllt, so daß auch nicht die Spur von reinem Wäsche sichtbar wurde. Den Hut hatte er dabei fest auf-

gung zu beginnen. Das würde dann nicht nur von unsern Wählern, sondern weit darüber hinaus im deutschen Volke verstanden werden und unserer Stellung in anderer Weise zu gute kommen. (Beifall).

In der Münchener Versammlung fand eine Debatte über Bollmars Darlegungen überhaupt nicht statt, es erfolgte somit auch kein Widerspruch gegen dieselben. Ein solcher scheint aber doch angebracht, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob die ganze Partei mit der Stellungnahme Bollmars einverstanden sei. Wir stimmen insoweit mit Bollmar überein, daß es im allgemeinen wünschenswert wäre, wenn die Sozialdemokratie im Präsidium des Reichstages vertreten wäre. Aber wir können, und treten in dieser Hinsicht der Meinung des „Hamb. Echo“ bei, der Sache doch nicht die Bedeutung beilegen, die Bollmar ihr beimisst. Der Einfluß eines Vizepräsidenten auf die Geschäftsführung des Reichstages ist thätigst ein äußerst minimaler. Die eigentliche Geschäftsführung liegt vollständig in den Händen des Präsidenten, soweit nicht Beschlüsse des Plenums vorliegen. Selbst die im Seniorenkongress getroffenen Abmachungen sind für den Präsidenten unverbindlich. Er ist geschäftsordnungsmäßig der einzige Leiter der Geschäfte, der nur im Falle seiner Verhinderung durch einen der Vizepräsidenten vertreten wird. Sobald dessen Geschäftsführung dem Präsidenten nicht zusagt, kann dieser seinem Vertreter die Glocke aus der Hand nehmen und selbst die Verhandlungen weiter führen. Ob unter diesen Voraussetzungen ein sozialdemokratischer Vizepräsident einen Schutz gegen Vergewaltigungsversuche der Mehrheit, zu deren Werkzeuge sich der Präsident macht, bieten könnte, ist mehr als fraglich. Er würde von etwaigen Versuchen dieser Art auch kaum vorher etwas erfahren, weil Verhandlungen des Präsidiums nicht stattfinden. Die wirkliche Bedeutung der Besetzung des Vizepräsidentenpostens durch einen Sozialdemokraten ist also geringer, als er auf den ersten Blick erscheint. Ihr Hauptwert würde in der Anerkennung des Rechtsanspruchs unserer Partei nach dem im Reichstag herrschenden, freilich mehrfach durchbrochenen Gewohnheitsrecht bestehen.

Oben daran darf aber die Gewährung dieses Rechts nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden. Will man den Rechtsanspruch unserer Partei revidieren, so soll man es thun, ohne Bedingungen zu stellen, von denen man weiß, daß deren Erfüllung unserer Gewohnheit mindestens sehr hehrlich, wenn nicht unmöglich ist und die man gerade deshalb stellt, um einen Vorwand zu haben, keinen Sozialdemokraten als Vizepräsidenten zu wählen. Wir sind sicher, wenn unsere Genossen im Reichstage sich bereit erklären würden, einen der ihrigen den Besuch bei Hofe machen zu lassen, so würde man sofort neue Bedingungen ausfinden, deren Erfüllung unserer Gewohnheit noch weniger möglich wäre. Daß man sich überhaupt anmacht, der Sozialdemokratie Bedingungen für die Zulassung zum Vizepräsidentenposten vorzuschreiben — das ist es, was ihr die Annahme unmöglich macht. Sie muß es unter ihrer Würde halten, sich irgend welche Bedingungen vorzuschreiben zu lassen. Die geschäftsordnungsmäßigen Verpflichtungen wird die Sozialdemokratie unter allen Umständen erfüllen; darüber hinaus kann sie unseres Erachtens keine besonderen Wünsche sich auferlegen lassen.

Daß die negative Entscheidung der Präsidentenfrage nur ein Hindernis für den Erfolg sein würde, mag sein. Im Hinemerklichen liegt aber vielleicht die Lösung. Ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei nach der Mandatanzahl, dann wird die Situation auch schon etwas anders. Und parlamentarische Gepflogenheiten sind auch nicht für ewige Zeiten geschaffen. Alles in allem hat die Sozialdemokratie aber auch gar keine Ursache, sich, so lange sie Minorität ist, wehrlos zu verhalten für den Gang der parlamentarischen Geschäfte anzulassen, als sich unter den obwaltenden Umständen von selbst ergibt.

Politische Klubschau.

Präsident.
368 Fälle von Soldatenmißhandlungen. Vor dem Kriegengericht der 33. Division in Würzburg hatte sich Donnerstag der Unteroffizier Dunkel vom 17. Infanterie-Regiment wegen Soldatenmißhandlung in 368 Fällen zu verantworten. Es wurden 366 Fälle nachgewiesen, 52 Jungen waren getötet. Das Urteil

lautete auf 2 1/2 Jahre Gefängnis und Degradation. Leutnant Stahl vom selben Regiment wurde wegen Mißhandlung dienstlicher Meldungen im Zusammenhang mit dem Fall Dunkel zu einer Woche Stubenarrest verurteilt. Infolge der Mißhandlungen Dunkels soll der Musikier Kruse Selbstmord begangen haben. Zu Dunkels Spezialität gehörten Ohrfeigen und Fußtritte, zwanzigmaliges Treppenhinabschicken mit vollem Gepäck, Seitengewehrschläge usw. Leutnant Stahl verbüßte schon einmal acht Tage Stubenarrest wegen Burschenmißhandlung. Die Angelegenheit war durch einen anonymen Brief ans Tageslicht gekommen. Es giebt kein schön'sres Leben als Soldatenleben...!

Rußland.
Der Ausstand in Odeffa behält sich immer weiter aus. Nach einer zweifellos sehr stark übertriebenen Meldung der „Daily Mail“ konnten die von den revoltierenden Arbeitern in Baku angelegten Brände noch nicht gelöscht werden. Das Militär war außer Stande, der Aufwühlerischen Herr zu werden. Im Bezirk Balachane, nicht weit von Baku, hat sich die Lage so ernst gestaltet, daß die Ausländer an die Küste des Kaspiischen Meeres flüchten.

Oesterreich-Ungarn.
Der Bestechungsstandal, dessen Aufdeckung durch den oppositionellen Abgeordneten Papp, wie mitgeteilt wurde, in der Mittwochssitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses große Aufmerksamkeit hervorrief, hat eine sensationelle Wendung genommen. Es steht nunmehr fest, daß die Bestechungsgelder thätigst vom Gouverneur von Szirma, Graf Ladislaus Szapary, der mit dem Ministerpräsidenten Khuen befreundet ist, stammen. Szapary, der inzwischen seine Demission gegeben hat, versichert zwar, er habe das Geld aus eigenen Mitteln hergegeben und Graf Khuen habe nichts davon gewußt, doch glaubt dieser Versicherung niemand, und zwar um so weniger, als unser Budapester Parteiorgan „Napzava“ noch mittheilen kann, daß schon als Graf Khuen noch designierter Ministerpräsident gewesen, Graf Ladislaus Szapary mit der sozialdemokratischen Partei unterhandelt habe, um sie für den Grafen Khuen günstig zu stimmen. Graf Szapary habe dabei bemerkt, daß Graf Khuen hiervon wisse, und die Partei aufgefordert, ihre Wünsche in ein Memorandum zu fassen und dasselbe dem Grafen Khuen zu übergeben. Die Partei habe jedoch jede Verhandlung mit dem Grafen Khuen energisch zurückgewiesen. Infolge aller dieser Enthüllungen ist die Stellung Khuens stark erschüttert, zumal die Opposition Donnerstag beschlossen hat, nicht eher Frieden zu machen, bis nicht die ungarische Kommando-Brache, ungarische Fahnen und ein ungarisches Offizierskorps zugesagt sind. Drei Mitglieder der Regierungspartei haben schon ihren Austritt angemeldet, weitere Austritte werden erwartet. Die Sitzung des Abgeordnetenhauses am Freitag verlief infolgedessen, wie man sich leicht denken kann, in großer Erregung. Franz Kossuth, der seit der Spaltung in seiner Partei nicht wieder im Abgeordnetensammler gewesen war, erschien wieder und erklärte, es gäbe für den Ministerpräsidenten nur eine Möglichkeit, die Demission, da an einem Regierungschef auch nicht der Schatten eines solchen Verdachtes haften dürfe, wie ihn jetzt die öffentliche Meinung hege. Unter solchen Umständen sei selbstverständlich ein weiteres erprießliches Wirken der Regierung unmöglich. Er trete deshalb neuerdings unter die Kämpfer. Diese Erklärung erregte bei der Opposition fürchterlichen Jubel, da hierdurch die Zahl der Oppositionisten auf über 100 gestiegen ist. Unter dem Eindruck der Rede Kossuths beantragte Abg. Barta die Sitzungen zu vertagen, bis die parlamentarische Kommission ihre Untersuchung beendet habe. Der Ministerpräsident stimmte zu, worauf der Antrag vom Hause angenommen wurde. Die Vertagung darf nicht über den 10. August hinaus andauern. — Die Budapest-Blätter bringen noch mehrere Details über die Bestechungsaffäre; Redakteur Singer, der bekanntlich bestritt, daß er das Blatt des Abgeordneten Lovasz, „Magyar-Dras“ habe besetzen wollen, wird jetzt noch anderer Bestechungen beschuldigt. Augenzeugen versichern, gesehen zu haben, wie er in einem Kaffeehause dem seither geprügelten Dieners Geld und ein Paket gab. Mittwoch nach den Enthüllungen begaben sie sich in Begleitung eines Dritten zum Güterdirektor des Grafen Szapary und besuchten dann zu Wagen verschiedene Häuser. Außer Dieners haben noch fünf

oder sechs Personen Budapest verlassen. Dieners wird bereits wegen Bestechung und Bestrafung flehentlich verfolgt. Junge Ungarn wollen ihn Freitag in einem Berliner Kaffee gesehen haben.

Italien.
Das Konklave ist Freitag Nachmittag 5 Uhr eröffnet worden. Gegen 5 Uhr betraten die Kardinele in langem Zuge den Vatikan, viele mit Gepäck. Insgesamt sind 365 Personen in das Konklave eingetreten; nämlich 62 Kardinele, 63 Konklavisten, 62 Nobelgardisten, 62 Kammerdiener, 40 Erzbischöfe und Bischöfe für den Sicherheitsdienst, 14 Köche, 20 Lastträger und andere Bedienstete. Von Sonnabend Vormittag ab werden auf der Piazza di San Pietro, der Piazza del Porgimento und der Piazza di Santa Marta je 300 Soldaten ständig Dienst thun und Abtheilungen von 32 Mann das Gebiet rund um den Vatikan abpatrouillieren. Für die Segenspendung durch den neuen Papst von der äußeren oder inneren Loggia der Peterskirche sind bereits alle Vorkehrungen getroffen.

England.
Chamberlain betonte Donnerstag im Unterhause, daß, falls die Versöhnungspolitik in Transvaal fehlschlagen sollte, die Regierung nicht zögern werde, die „Unruhestifter“ zu verbannen.

Griechenland.
Zur Revision der Verfassung macht sich im ganzen Lande eine Bewegung bemerkbar, die ihre Quelle besonders im Bürgerthum hat; angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit mit den Verhältnissen ist es nicht unmöglich, daß sich die Revisionsbewegung rasch ausbreitet. Zunächst wird eine Votsschrift an den König vorbereitet, die ein düsteres Bild von der Lage im Lande entwirft und die Revision für unumgänglich hält.

Vereinigte Staaten.
Ein schwarze Baubdirektorin. Wie aus New York mitgeteilt wird, ist die Negerin Maggie Walker zur Direktorin der St. Lukes Penny Savings Bank in Richmond (Virginia), die am 1. September mit 75 000 Dollars eröffnet wird, gewählt worden. Dies ist das erste Mal, daß eine Negerin in eine derartige Stellung berufen wird.

Kuba.
Die kubanischen Veteranen rebellieren. Mehrere tausend kubanische Veteranen im Bezirk Santiago haben einem Telegramm aus Havana zufolge, die Revolution verkündigt und der kubanischen Regierung den Krieg erklärt, weil diese die Zahlung des Soldes ablehne, auf den die Veteranen aus ihren Diensten im Kriege gegen Spanien Anspruch zu haben glauben. Die Behörden von Havana machen in Ost-Kuba die Miliz mobil und stellen Freiwillige ein. Die Lage auf der Insel wird als ernst betrachtet. Aus Washington wird dazu noch gemeldet, daß die amerikanische Regierung Vorbereitungen zur Entsendung von Truppen nach Kuba für den Fall trifft, daß die kubanische Regierung nicht im Stande sein sollte, den Aufbruch zu unterdrücken.

Soziales und Partielleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Bei den Siemens-Schuckert-Werken am Nonnendamm in Berlin haben 150 Schlosser und Dreher wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. — Der Müllfucherkstreik bei der Firma Köhreke u. Co. ist durch Verhandlungen im Sinne der Arbeiterschaft beendet worden. Die Firma hat die Organisation des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes als Vertretung der Arbeiter anerkannt und außerdem die Einrichtung eines Arbeiterausschusses zugestanden, durch den in Zukunft alle Streitigkeiten zu schlichten sind. Die Arbeit wurde Donnerstag bereits wieder aufgenommen. Die Firma hat sich außerdem verpflichtet, die sechs Arbeitswilligen am Sonnabend zu entlassen. — Der Streik in der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Schöning in Berlin, woran nahezu

zweihundert auf einen Dyr sitzen und in der Hand trag er ein dickes spanisches Rohr.
Wie er in die Thür trat, warf er einen Blick in das noch spärlich beleuchtete Zimmer, bemerkte Peters, nicht ihm halbwohl zu, fragte dann ebenfalls seinen Hut an den Nagel und setzte sich, ohne Jeremias weiter zu beachten, dem Theaterdiener gegenüber.
„Hollen Sie mit ein?“ fragte der etwas schamlos aussehende Kellner ohne viele Umschweife, „Glas Bier?“
„Danke — Glas Bier?“ war die Antwort. „Nun, Peters, wie geht's, was treibt Sie?“
„Haben Sie denn schon gegessen, Herr Waltherr?“ fragte dieser.
„Ja? — Ja — nein — heute gewöhnlich später.“
„Aber denn zur Gesellschaft — Ich, Kellner, kommt für den Herrn?“ rief Peters, welcher sich alle geschäftlichen Formen entgegensetzte. „Die Herren können sich wohl noch nicht? Herr Waltherr, ein literarisches Glas?“
„Sehr angenehm, Herr Waltherr, zu machen.“ sagte Herr Waltherr mit völlig gleichgültigen Gesicht, indem er verließ und dem eben geschiedenen Dyr hinter sich, und auch den Dyr des Glases auf einen Zug lenkte. „Was wollen Sie denn, Peters?“ Sie waren bei mir im Hause. Ich habe einige Bekannte zu machen.“
„Haben Sie schon heute noch etwas gegessen, Herr Waltherr?“ fragte Peters, der weitere Umschweife nicht für nöthig hielt.
„Herr Waltherr nicht einfach, während er die für ihn bestellte Speisen in Empfang nahm und trank, daß er jetzt nicht mehr, mit außerordentlichem Erfolg zu bewerkstelligen begann.“
„Wie geht's,“ rief Peters, „das wäre mir aber nicht lieb.“ Sie haben mich schon dabei verstanden, Herr

Waltherr, denn es liegt mir viel daran, daß die Vorstellung heute Abend eine befriedigende ist!“
„Ja?“ sagte Herr Waltherr.
„Aber vielleicht liege es sich doch noch vereinigen.“
„Können wohl schwerlich gehen, Peters.“ — Ich werde versuchen,“ sagte der Herr mit einer bodenlosen Ruhe.
Jeremias packte zusammen, Peters gab ihm aber unter dem Tisch einen Stoß mit dem Fuß.
„Ja?“ meinte er dann, als ob in der Antwort nicht das geringste Außergewöhnliche gelegen hätte, „das ist dann freilich etwas Anderes. Schade, aber wenn's nicht ist, ist es nicht — Sie hätten indeß ein schon Stück Geld verdienen können.“
„Ja?“ sagte Herr Waltherr betrübtlich, und kante das nicht ganz zarte Stück Knabfleisch, was Herr ein schon Stück Geld nennt — drei Entree und einen halben Gulden Klopfgeld. Die andere Seite ist bemerkbar, dabei kann ich die Hände in den Taschen behalten.“
„Ja, halbes Gulden.“ lachte Peters, „da wären Ihr dieses Mal schon angekommen — mit halben Gulden wird sich nicht befehlen, aber, wie gesagt, wenn's nicht ist, ist es nicht.“ und dabei fiel er wieder über das Knabfleisch her.
Herr Waltherr sah ihnen eine Zeit lang schweigend gegenüber und sein Gesicht freilich dabei ein paar Mal Jeremias. Daß der mit dem Dyr stiel, hatte er im Ra weg, und der Mann sah noch dazu aus, als ob er zahlen konnte. Er trank kein Bier aus.
„Kellner, unsere Gläser sind leer!“ sagte Jeremias, und Peters nickte bekräftigend mit dem Kopf. Der Kellner machte eine halbe Bewegung gegen den kleinen Mann, als Anerkennung seines Verdienstes um das öffentliche Wohl, nahm aber das Glas nicht wieder auf und schickte die Sache an sich kommen zu lassen. Peters aber sagte auch nichts weiter, eine höchst überflüssige Bemerkung angenommen, daß er heute einen außerordentlichen Erfolg zu bewerkstelligen begann.

„Kellner, unsere Gläser sind leer!“ rief Jeremias wieder nach einer gar nicht etwa so langen Pause.
„Bitte!“ sagte dieses Mal Herr Waltherr, schob aber doch dem Kellner sein geleertes Glas hin. Die Stille wurde ihm aber unheimlich — mit Essen waren sie fertig. Jeremias nahm seine Zigarrentasche heraus, zündete sich eine Zigarre an und offerirte dieselbe dann dem Gegenüberstehenden und Peters. Beide Herren akzeptierten.
„Donnerwetter,“ sagte Peters, „das ist was Feines — allen Respekt!“
„Ausgezeichnet,“ bemerkte Herr Waltherr, und blies den Rauch mit Kennerniene durch die Nase. Sein vis-a-vis stieg augenscheinlich in seiner Achtung; Strohwisch rauchte nichts-würdige Zigarren.
Der kleine Jeremias war aber ein praktischer Geschäftsmann und fühlte, daß jetzt die beiden würdigen Leute viel besser mit einander zu Stande kommen würden, wenn er nicht dabei wäre. Seine Gegenwart störte mehr, als daß sie half. Er stand auf und sagte: „Ach, lieber Herr Peters, Sie entschuldigen mich wohl; ich habe noch in der Nachbarschaft etwas zu thun und hole Sie in einer Viertelstunde wieder ab, berichtigt ist Alles — habe die Ehre“ — und dabei drückte er dem Theaterdiener noch einen Zehnmarken-Schein in die Hand, aber so, daß Herr Waltherr Zeuge der Bewegung sein mußte. Dann machte er einen kleinen Spaziergang, und zwar eine volle Viertelstunde. Als er aber wieder in die Schenke zurückkehrte, fand er Peters allein vor, der mit freudestrahelndem Gesicht hinter einem frischen Krüge Bier saß.

„Nun?“
„Alles in Ordnung.“ lachte dieser, „Sie alter Menschenkenner Sie — kapital gemacht — ausgezeichnet. Mit Ihnen möchte ich öfter zu thun haben. Donnerwetter, wenn ich da bedanke, wie zah' unser Alter ist!“
(Fortsetzung folgt.)

300 Arbeiter betheiligte waren, ist verloren gegangen. Eine Versammlung der Maschinenformer hat die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Die Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Döpperverbande findet am 15. und 16. August statt. Sie muß durch Bittel vorgenommen werden, es bleibt aber den einzelnen Filialen überlassen, ob die Abstimmung in Versammlungen, in Werkstätten, auf den Bauten oder ähnlich wie bei der Reichstagswahl in bestimmten Wahllokalen vorgenommen wird. Nach den Vorschlägen des Vorstandes soll die Karenzzeit bis auf den 1. Januar 1901 zurückdatirt werden, so daß die Mitglieder, die seit dieser Zeit dem Verbands angehören, schon nach kurzer Zeit bei Arbeitslosigkeit Unterstützung erhalten würden.

In der Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses hat sich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres der Verkehr etwas gehoben. Während in den ersten sechs Monaten des Jahres 1902 nur 26 991 Uebernachtungen stattfanden, sind diesmal 30 139 zu verzeichnen. Trotzdem sind noch eine ganze Anzahl Betten frei geblieben und zwar 5337 gegen 8485 im selben Zeitraum des vorigen Jahres. Auf die einzelnen Bettklassen vertheilen sich die besetzten und leergebliebenen Betten folgendermaßen: 1) Betten à 40 Pfg. (11 Betten im Schlafsaal), besetzt 16 435, leergeblieben 217; 2) Betten à 50 Pfg. (6 im Zimmer), besetzt 6056, leergeblieben 3718; 3) Betten à 60 Pfg. (4 im Zimmer), besetzt 4138, leergeblieben 206; 4) Betten à 75 Pfg. (2 in Zimmern mit besserer Ausstattung), besetzt 2986, leergeblieben 996; 5) Zimmer mit Bett und Chaiselongue à 1,50 Mark, besetzt 524, leergeblieben 200. Die Gesamtzahl der Uebernachtungen in den einzelnen Monaten betrug: Januar 4596, Februar 4516, März 5640, April 5136, Mai 5006, Juni 5245. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß sich die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses dadurch auszeichnet, daß jeder Zugereiste, auch bei den billigsten Betten, reine Bettwäsche erhält. Aus diesem Grunde kann auch das Gewerkschaftshaus nicht dieselben billigen Preise stellen, wie einzelne andere Herbergen, in denen man möglicherweise nur 25 Pfg. für's Uebernachten zu zahlen hat, dafür aber auch in Bettwäsche hinein muß, die vielleicht schon von 20 oder 30 anderen Personen benutzt wurde. Auch die übrigen Einrichtungen der Herberge des Gewerkschaftshauses: hohe luftige Schlafräume mit Zentralheizung und elektrischem Licht, Badeanstalt (Brausebad nebst Seife und Handtuch für fünf Pfennig), Lesesaal mit zahlreichen Zeitungen und Büchern, unentgeltliche Desinfektion u. erzeugen Kosten, die anderen Herbergen unbekannt sind. Dazu werden die anderswo üblichen Gebühren für Gepäcksbewahrung und Benutzung der Stiefelwischgelegenheit nicht erhoben. Man sollte daher annehmen, daß vor allem die in Berlin zureisenden Gewerkschaftsmitglieder nur im Gewerkschaftshaus ubernachten und nicht, wie es aus übel angebrachten Sparankheitsgründen vielfach geschieht, in der christlichen Herberge zur Heimath, der nur allzu bekannten „Deanienbude“. Auch möchten wir betonen, daß die Zimmer mit 2 Betten à 75 Pfg. und die Einzelzimmer à 1,50 Mk. für solche Reisende geeignet sind, die als Delegierte, Touristen u. nach Berlin kommen. Von sämtlichen Fernbahnhöfen kann man mit der Straßenbahn für 10 Pfg. in die unmittelbare Nähe des Gewerkschaftshauses gelangen.

3500 Maurer und Handlager stehen in Genf im Streik. Da sie sich um das bekannte Antistreibgesetz nicht kümmern, hat die Regierung nicht nur den Anschlag der Streikproklamation verboten, sondern auch diese selbst konfisziert, und zwar darum, weil sie jenes Gesetz für zwecklos erklärte. Die Regierung will trotzdem den Streikfall vor das durch jenes Gesetz vorgeordnete Schiedsgericht bringen, auch die Unternehmer wollen das, allein die Streikenden lehnen es unter dem unheilvollen anarchistischen Einfluß ab und begehen dadurch den größten taktischen Fehler. Dabei sind von den 3500 Streikenden nur 300 organisiert, und demgemäß werden die verfügbaren Geldmittel gering und unzulänglich sein. Zahlreiche ledige Streikende sind abgereist; die zurückgebliebenen erhalten keine Baarunterstützung, sondern nur Unterstützung in Naturalien, zu welchem Zwecke eine für 1200 Personen berechnete große Küche errichtet worden ist. Die Urheber des Streiks sind nach dem „Grünländer“ die Anarchisten, die am liebsten wieder einmal einen erfolglosen Generalkstreik hätten. Da es sich bei den Streikenden meistens um Ausländer, Italiener und Franzosen, handelt, befürchtet das genannte Blatt, namentlich im Hinblick auf die harnackische Mißachtung des Antistreibgesetzes, die Massenausweisung derselben, eventuell „wegen Mittellostigkeit“. Es ist sehr bedauerlich, daß sich die Sozialisten in Genf die Anarchisten derart haben über den Kopf wachsen lassen.

Sozialistischer Gemeindevahltag. In Destringen (Bezirksamt Bruchsal) wurde bei der dortigen Bürgerauswahl die Liste der Sozialdemokraten in der dritten Klasse mit großer Mehrheit gewählt. Auch in der zweiten und ersten Klasse siegten die Gegner der seitherigen Rathhauspartei.

Aus Nah und Fern.

Eine rothe Feuerwehre besitzt zur Zeit das Dorf Nosniz bei Glogau. Vom Landrathamt Glogau ging an den Amtsvorsteher der Ortschaften Barkau, Nosniz und Schregau das Ersuchen, eine freiwillige Feuerwehre zu gründen, selbstverständlich wurden nur königstreue Leute per Birtular eingeladen. Unseren Genossen Krakau glaubte man aber als Besitzer nicht umgehen zu dürfen; wie er stante man aber, als die neuen Feuerwehrlente unseren Genossen als zweiten Vorsitzenden und Brandmeister wählten! Als bei der zweiten Versammlung der Herr Amtsvorsteher einen Vortrag über „die Schlacht bei Königgrätz“ hielt, verwehrte sich in anerkennenswerther Weise unser Genosse dagegen, Politik in den Verein tragen zu lassen. Einige Tage später bekam unser Genosse unter „Portopflichtiger Dienstaache“ eine Einladung zum Amtsvorsteher, wo demselben die Mittheilung gemacht wurde, der Herr Landrath wünschte, daß Krakau vom Vorstand zurücktreten sollte. Natürlich hatte der Amtsvorsteher kein Glück mit diesem Ansuchen. Eine zu diesem Zwecke einberufene Vorstandssitzung endete ebenfalls mit der Ablehnung des „landrathlichen Wunschges.“ Somit blieb den Herren weiter nichts übrig, als eine Versammlung der Mitglieder einzuberufen, wo nun der erste Vorsitzende im Auftrage des Landraths dem Verein

aufzulösen wollte, weil, wie derselbe meinte, die Statuten nicht genehmigt würden (dieselben waren wohl von der Versammlung angenommen, aber noch nicht der Behörde eingereicht). Es wurde nun dem ersten Vorsitzenden bedeutet, daß er kein Recht hätte, den Verein aufzulösen, sondern derselbe nur durch Stimmenmehrheit der Mitglieder aufgelöst werden könne. Darauf legte der Vorsitzende seinen Posten nieder und trat aus dem Verein aus, ein Mann folgte ihm. Die anderen Mitglieder, es waren ungefähr noch 25 anwesend, erklärten sich mit unserem Genossen Krakau — derselbe hatte inzwischen den Vorsitz übernommen, solidarisch und beschloßen, den Verein nicht aufzulösen, sondern abzuwarten, welche Mittel man nun anwenden wird, um die von den Behörden gegründete, aber nun „roth“ gewordene Feuerwehre aufzulösen.

Die vornehmste und heiligste Pflicht. Nachstehendes Schreiben zeigt, auf welche Weise den Kriegervereinen Mitglieder zugeführt werden:

Krieger- und Militärverein
Neudaberstedt. Neudaberstedt, 25. Juli 1903.
Wir haben erfahren, daß Sie Ihrer Militärpflicht bei einem Truppenteile der deutschen Armee genügt haben, wodurch die Bedingungen für die Aufnahme in unseren Verein erfüllt sind. Jeder ehrliebende, alte Soldat, vor allen Dingen aber die im Staatsdienst als Arbeiter oder Beamte beschäftigten, die sozusagen aus der Staatskrippe essen und in der Kolonie ihren Wohnsitz haben, sollten es für ihre vornehmste und heiligste Pflicht erachten, unserem Verein, der Mitglied des preussischen Landes-Kriegerverbandes und des deutschen Kriegerbundes ist, an dessen Spitze seine Majestät unser allergnädigster Kaiser und König als Protokoll steht, anzugehören. Ueber Zweck und Ziel, sowie die Bestrebungen und den Nutzen dieser Vereinigungen alter Soldaten ist der unterzeichnete Vorstand jederzeit gerne bereit, Ihnen näheren Aufschluß zu geben. Wir eruchen Sie hierdurch kameradschaftlich, sich unserem Verein anzuschließen und Ihren Beitritt so rechtzeitig anzumelden, daß wir in die angenehme Lage versetzt werden, Sie noch vor der Fahnenweihe, welche am 9. August cr. stattfindet, in unseren Verein aufzunehmen und als Kamerad in unseren Reihen willkommen heißen zu können.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Der Vorstand.

S. A.: Köppen, Vorsitzender.

Das Schreiben erhält seine wahre Bedeutung, wenn man erzählt, daß der Unterzeichner selbst Eisenbahnbetriebs-Sekretär ist. Neudaberstedt liegt bei Esfurt und zählt 176 Reichstagswähler, von denen bei der letzten Reichstagswahl 150 gewählt haben; davon erhielt der Sozialdemokrat Schulz 81 Stimmen. Nun ist es klar, daß Aufforderungen, wie sie der Eisenbahnsekretär an die in dem kleinen Orte mitwohnenden Eisenbahn-Beamten und Eisenbahn-Arbeiter richtet, auf eine schwere Gewissensbedrückung hinauslaufen. Jeder ist sofort gekennzeichnet, der „aus der Staatskrippe ist“ und doch eben der „vornehmsten und heiligsten Pflicht“ nicht nachkommt. Dieser geheime Zwang hat dann freilich zur Folge, daß das Gegenheil des gewollten Zweckes eintritt, daß die sozialdemokratischen Stimmen sich erst recht vermehren.

Es fehlt noch ein Paragraph! Der gewiß festene Fall, daß sich Vertheidiger und Gerichtshof, sowie bedingt auch der Staatsanwalt darüber vollkommen einig sind, daß ein Angeklagter unehrlich gehandelt hat und trotzdem dessen Freisprechung erfolgen muß, weil die Paragraphen des Strafgesetzes, die Unterschlagung, Betrug oder Diebstahl behandeln, nicht darauf zugeschnitten sind, dieser Fall ereignete sich vor der Giesener Strafkammer. Der Angeklagte lieferte als Unternehmer einer Firma im Rheinlande aus einem einem Dritten gehörigen Steinbruch Material. Wegen der Brauchbarkeit der Steine kam es zu Anständen, die Firma verzichtete auf Weiterlieferung, sandte dem Angeklagten eine Schlussrechnung und sein Restguthaben zu. Der Angeklagte stellte auch den Steinbruchbetrieb infolgedessen ein. An Stelle des Angeklagten machte nun ein anderer Unternehmer das Geschäft mit der rheinischen Firma. Die Firma übersandte nun irrtümlicherweise 740 Mark für die ersten von dem neuen Unternehmer erfolgten Lieferungen an den Angeklagten, der dem Postboten den Betrag abnahm und den größten Theil desselben zu seinem Nutzen verwendete, obgleich er wußte oder den Umständen nach wissen mußte, daß das Geld nicht für ihn bestimmt sein konnte. Das Schöffengericht hat den Angeklagten deshalb wegen Unterschlagung zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt. Die Strafkammer erkannte jedoch auf Aufhebung der Vorentscheidung und sprach den Angeklagten frei, indem sie das ergangene Urtheil wie folgt begründete: Der Gerichtshof erkenne in Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt an, daß der Freispruch sich nicht in Uebereinstimmung befindet mit dem Rechtsbewußtsein des Volks, denn die Handlungsweise des Angeklagten sei unehrlich. Trotzdem habe man auf Freisprechung erkennen müssen, weil nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches der Absender der 740 Mark, wenn auch irrtümlich, eine Eigentumsübertragung an den Angeklagten gewollt habe, und dieser sei durch die Annahme der Geldsendung auch thatsächlich Eigentümer geworden. Zu einem wesentlichen Bestandtheil des Vergehens der Unterschlagung gehöre, daß die Hinterziehung fremder Sachen, im vorliegenden Falle fremder Gelder, geschehen sein müsse; darum habe, so wie geschehen, erkannt werden müssen.

Eine originelle Lehrertwahl. In Arzier, einem kleinen waadtländischen Dorf, war ein Lehrer zu wählen. Früher war es wohl Brauch, daß eine Kommission eine strengere Prüfung der Kandidaten vornahm, jetzt ist man davon abgekommen, man hält das Beipatent für einen genügenden Fähigkeitsausweis. Da aber, wenn nur ein Lehrer zu wählen ist und viele sich um den Posten bewerben, eine Auswahl getroffen werden muß, verfielen, wie man der „Frl.“ S. 319 schreibt, die Gemeindebehörden von Arzier auf den Ausweg, die Kandidaten um sich zu versammeln und auf ihre körperlichen und moralischen Eigenschaften zu prüfen. Mehr eine Schönheitskonkurrenz als ein Examen. Und was die Prüfung der sittlichen Tugenden anlangt, zum mindesten originell. Die Herren Kandidaten wurden auf einen sonnabenden Abend zu einem Essen geladen. Sie sammelten sich, wie ein waadtländisches Blatt berichtet, um eine wohlgedachte, mit Gerichten stärkerer Sorten reichdotierte Tafel

und die Prüfung begann. Die Herren Examinanden gaben sich ihr mit so viel Eifer und Behagen hin wie die Herren Examinatoren. Die Kandidaten weitesterten in lebenswichtigen Reden, und als jeder solcherweise Proben seiner Begabung und seiner Fähigkeiten abgelegt hatte, und als die Herren Gemeinderäthe und Kommissionsmitglieder hinreichend erleuchtet waren, ward zur Wahl geschritten. Sie fiel auf Herrn Dutoit, einen der jüngsten Bewerber. Voller guten Laune gab der Gemeindepräsident den tafelnden Kandidaten Kenntniß von der Wahl, darauf wurde jedem der Nichtgewählten als Reise-Geschickung ein blankes neues Geldstück in die Hand gedrückt und — das Fest ward fortgesetzt.

Der konfessionslose Tenor. Aus Wien, wird dem „B. Z.“ gemeldet: Der Wiener Operetten-Tenor Del Zopp, der vor einigen Tagen in Polizeigefangenschaft gesetzt wurde, weil er bei dem Bezirksgericht in einer Schuldfrage den Offenbarungseid in herkömmlicher, konfessioneller Form verweigerte, da er konfessionslos sei und nicht an Gott glaube, hatte durch seinen fortgesetzten Widerstand wenigstens den Erfolg, daß ihm die Ablegung des Eides in einer neuen von dem bisherigen Verfahren abweichenden Weise gestattet wurde. Er gestand nur zu, die Schlussworte „So wahr mir Gott helfe!“ zu sprechen, doch kamen das Kreuzifix und das Evangelienbuch nicht zur Verwendung; auch unterließ das Erheben der Schwurfinger zum Eide. Dies ist der erste Fall dieser Art. Bisher waren konfessionslose genöthigt, vor österreichischen Gerichten den Eid nach ihrer früheren Konfession abzulegen.

Bei der Oeffnung eines antiken Grabes in Rom fand man das Skelett einer Frau mit einem vorzüglich gearbeiteten vollständigen Gebiß aus Gold.

Rischni-Nowgorod. Die Zahl der beim Brande des Dampfers „Peter I.“ am 19. Juli umgekommenen beträgt nach endgültiger amtlicher Feststellung 54.

Ein neuer Parasit des Menschen. Prof. Whittles von der Universität Birmingham hat jüngst an einem Kranken einen bisher unbekanntem Schmarotzer entdeckt. Der Patient war eine junge Frau, die schon früher wegen einer Verdickung des Gaumens nebst daraus folgender Schwellung der oberen Lippe und Entstellung des Gesichts behandelt war. Auf Befragen ergab sich, daß die Kranke in einem besonders zärtlichen Verhältnis zu einem Hunde gestanden hatte, den sie auch zu küssen pflegte; das Thier war gestorben und es lag daher die Vermuthung nahe, daß sie von ihm mit einer Krankheit angesteckt worden war. Bei der Operation stellte sich heraus, daß die Schwellung durch einen Wurm hervorgerufen war, und nun hat Professor Whittles denselben Parasiten in dem Blut einer größeren Anzahl von Personen gefunden. Seine Gegenwart zeigte sich durch ein quälendes Jucken der Haut auf Armen und Beinen und auf der Brust an. Der Forscher ist der Ansicht, daß in den meisten Fällen der Uebertragung durch Milch stattgefunden habe, in der er den Keim des Thieres verschiedentlich nachgewiesen hat. Durch genügendes Kochen der Milch wird ihre Schädlichkeit beseitigt. Professor Whittles ist ferner zu dem Schluß gelangt, daß dieser bisher unbekanntem Schmarotzer durch die aus Südafrika heimgeführten Truppen nach England eingeschleppt worden ist. Der Wurm hat den Namen Filariensis Whittleri erhalten. Vermuthlich tritt er zunächst infolge von natürlicher Düngung in Rüben und anderen Wurzeln auf, überträgt sich durch deren Verfütterung auf die Kühe und kommt mit deren Milch endlich auf den Menschen.

Die Abnahme der Sterblichkeit in Deutschland. Ueberblickt man den Verlauf der Sterblichkeit in Deutschland in den letzten 30 Jahren, so ergibt sich eine ständige Abnahme derselben. Während sie im Jahre 1872 30,6 auf tausend Einwohner betrug, war diese Ziffer 1890 25,5, im Jahre 1901 betrug die Sterblichkeit 21,8. Die Abnahme der letzteren ist jedoch nicht allein in Deutschland zu konstatiren, sondern auch in den anderen Kulturstaaten ist das Gleiche wahrnehmbar. Am bedeutendsten nahm die Sterblichkeit im letzten Jahrzehnt in Ungarn ab, sie fiel von 35 auf 25 pro Mille, am wenigsten in denjenigen Staaten, in welchen sie an und für sich schon gering ist, wie England, Frankreich, Schweiz, Holland, Belgien und in den nordischen Staaten. In allen diesen Ländern ist die Sterblichkeit überhaupt geringer wie in Deutschland. Natürlich braucht eine geringe Sterblichkeit noch nicht Hand in Hand zu gehen mit einer großen Bevölkerungszunahme; das wird erst dann der Fall sein, wenn sie zusammentritt mit einer hohen Geburtsziffer. Daher ist in Frankreich bei geringer Geburtenziffer die Zunahme der Bevölkerung gering, in Deutschland bei einer durchschnittlich hohen Geburtenziffer groß. Wie groß der Geburtenüberschuß über die Sterblichkeit in Deutschland ist, ergibt sich aus folgenden Zahlen: In den Jahren 1851—60 kamen auf tausend Einwohner mehr Geborene als Gestorbene 9,0, für 1861—70 ist diese Zahl 10,3, für 1871—81 11,9, für 1881—90 11,7, für 1891—1900 13,0. Die Abnahme der Sterblichkeit in den Kulturstaaten ist der Ausdruck der fortschreitenden hygienischen Verbesserungen; im letzten Jahrzehnt namentlich der Kampf gegen die Tuberkulose. Ist doch die Tuberkulose-Sterblichkeit in der Zeit von 1875—1901 von 3,1 auf 1,95 pro Tausend gesunken. Wie es sich von selbst versteht, hat die Abnahme der Sterblichkeit ihre natürliche Grenze. Wenn alle Menschen das 70. Lebensjahr erreichen würden, so würde die Sterblichkeitsziffer etwa 14 betragen, unter dieser Zahl wird sie also kaum hinabgehen. Am nächsten sind diesem Ziele Dänemark und Schweden, woselbst die Sterblichkeitsziffer 15 beträgt.

Ein schwerer Regenschauer soll nach der „Times“ am Sonntag in Tschifu große Zerstörung an Eigentum angerichtet haben, auch seien in der Eingeborenenstadt Menschen ums Leben gekommen.

Die Erdbebenzonen der Erde. Der erfahrene Erdbebenforscher de Montessus hat gefunden, daß ein Gürtel von 15 Grad auf einem großen Kreis, der die pazifischen Küsten von Amerika und Asien berührt, 64 000 durch Erderschütterungen bekannte Derstlichkeiten einschließt. Es giebt nur noch eine Zone auf der Erde, die eine ähnliche und noch größere Bedeutung für die Vertheilung der Erdbeben besitzt, nämlich eine Zone von gleicher Breite auf einem großen Kreis, der durch das Mitteländische Meer, den Kaukasus, den Himalaya, Indien, Rußland und die Kasillen verläuft. Er umschließt 84 000 Schüttergebiete. Außerhalb dieser Zonen liegen verhältnismäßig nur wenige Ueberreste von Erdbeben.

H. Stoppelman

Schirmfabrik,
Hut-Bazar
und

Herren-Mode-Artikel-
Geschäft.

Nur Huxstr. 40.

 Zeising's
Wanzeninfiltr
Radikalmittel gegen Wanzen
und deren Brut.
Insektenpulver.
Fliegenjäger, Dsb. 1 Mk.
z. z.

Hafen Drogerie

Georg Bornhöft
(vorm. W. G. Böhndel)
44/45 Untertrave 44/45.

Bürgerrechtsverein.

Die Auszahlung findet statt:
Donnerstag, 30. Juli,
Montag, 3. August,
Dienstag, 4. August,
Abends 7/9-11 Uhr in der Saubütte.
Der Vorstand.

Bereinshaus.

Am Sonntag den 2. August:
in den Gastzimmern:

Unterhaltungs-Musik.

Halte den Besuchen von
Herrn-Lauerhof
amerikan. Puffschaubel
bestens empfohlen.
C. Will.

Konzert-Haus Fünfhäuser.

Sonntag, den 26. Juli:
Großes

Tanz-Kränzchen.

Anfang 6 Uhr. Eintritt frei.

Concerthaus Flora

Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.
Max Niemann.

Waisen-Hof.

Morgen Sonntag:

Tanz.

Louisenlust.

Heute Sonntag:

Große Tanz-Musik.

W. Glöck.

Friedrich-Franz-Halle

Heute Sonntag:

Familien-Kränzchen

Gustav Glöck.

Sonntag den 2. August 1903:

Gross. Tanzmusik

Kaffeehaus Stockelsdorf

F. Wiederhold.

Grosser Ausverkauf

wegen Verlegung meines Geschäfts nach der

Königstrasse 89, Ecke Wahnstrasse.

Um reich mein Lager zu räumen, gebe auf alle ausgeführten Sachen bei billigsten Preisen einen
Rabatt von 10-15 Prozent.

Baumwollene Kleiderstoffe,
Rock- und Hemden-Flanelle,
Kattun und Parchende,
Leinen und Hemdentuche,
Normal-Unterzeuge
für Herren und Damen,
Blusen und Kinder-Kleider.

Tisch- und Handtücher,
Herren- und Damenwäsche,
Damen- und Kinderschürzen,
Korsets und Handschuhe,
sämtliche Strumpfwaren,
Herren-Kravatten u. Regenschirme,
Hosenträger und Gürtel.

Ernst Umlandt

Mühlenstraße 30-32.

Ecke Kapitelstraße.

Sozialdemokratischer Verein.

Versammlung

am Montag den 3. August 1903
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Berichte von den Reichstags- und Bürgerchaftswahlen und Abrechnungen.
2. Die diesjährige Laffalle-Feier.
3. Stellungnahme zum Mecklenburger und Schleswig-Holsteinischen Parteitag und Wahl der Delegierten.
4. Der diesjährige deutsche Parteitag zu Dresden und Wahl der Delegierten.
5. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Verb. d. Hafenarb. u. verw. Berufsgen. Deutschl. Sektion Lastdielarbeiter Lübeck.

Sommerversgnügen und Ball

mit Preisschießen für Herren, Damen- und Kinderversgnügen
am Sonntag den 2. August 1903
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr Morgens.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Um rege Beteiligung bitte

Das Komitee.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Lübeck)

Einladung zum

Sommer-Fest

bestehend in

Konzert u. Ball, verb. mit Herren-, Damen- u. Kinderversgnügen
am Sonntag den 2. August 1903
im Lokale des Herrn Dassler, „COLOSSEUM“.

Eintrittskarte 60 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, des Balles 7 Uhr. Ende 2 Uhr.
NB. Das Preisschießen für Herren, sowie die Damen- u. Kinderversgnügungen finden von 4-7 Uhr statt.

Das Fest-Komitee.

Segler-Klub „Hansa“ von 1898

Sonntag den 2. August 1903:

SOMMER-FEST

bestehend in Konzert und Ball, Herren-Preisschießen u. Damen- u. Kinder-Belustigungen
im Klub-Lokal „Wakenitz-BelleVue“.

Anfang des Preisschießens 11 Uhr, des Konzerts 4 Uhr, des Balles 8 Uhr.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei. Konzert-Karten 20 Pfg.

Das Komitee.

Central-Hallen Jeden Sonntag: Gr. Tanz in beiden Sälen.

Anfang 4 Uhr

Ende 2 Uhr.

Zentral-Verband Deutscher Brauereiarbeiter!

Versammlung

Sonntag den 1. August 1903
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Gemeindefest-Ausflug.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Quartettverein Amicitia.

Vogelschiessen

verbunden mit
Preisschiessen u. Tombola
am Sonntag den 2. August 1903
im Lokale Adlershorst.
Anfang des Schießens Morgens 11 Uhr,
Nachmittags 4 Uhr
Von 4 Uhr an: Konzert, Damen- u.
Kinderversgnügen.
Anfang des Balles 7 Uhr.
Ziehung der Tombola 9 Uhr.
Der Vorstand.

 Turnverein
Eichenkranz
von
Schwartau-
Rensfeld.

Stiftungs-Fest

verbunden mit
Preisschiessen f. Herren u. Damen
und turnerischen Aufführungen
am Sonntag den 2. August 1903
im Lokale d. Herrn G. Sternberg,
Rensfeld.

Anfang 4 1/2 Uhr. Ende 8 Uhr.
Herrenkarte 1 Mk., Damen frei.
Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

NB. Abmarsch von der Norddeutschen Bierhalle
präzise 2 Uhr Nachm. nach dem Riesebusch.
Turnspiele.

 Gesang-Verein
„Einigkeit“
(St. Gertrud).

Sommer-Vergnügen

mit Ball

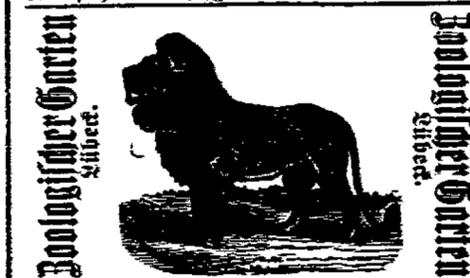
verbunden mit
Preisschießen und Damenvergüngen
am Sonntag den 2. August 1903
im Lokale des Herrn Gutsche
(Herrn-Lauerhof).
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 15 Pfg., wofür Garderobe.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Das Komitee.

Vom 4. August d. J. ab: Lübeck-Crummesse-Lübeck

per Barkasse „Laise“
Ab Lübeck (Güterthorbrücke) Morg. 8 Uhr,
Nachm. 2 und 5 30 Uhr.
Ab Crummese Morg. 10, Nachm. 3.45 u. 7.15.
Lüf., Genin, Puffjan, Cronsförde anlaufend.
Näheres siehe Fahrplan

Zum Travemünder Rennen mit Dampfer „Em. Geibel“

Sonntag den 2. August.
Abfahrt 1 1/2 Uhr Nachm. oberhalb Holsten-
brücke, 1. Stg. Drehbrücke u. Struckfahre
anlaufend. Rückfahrt 7 1/2 Uhr. Hin- und
Rückfahrt 70 Pfg.

 Zoologischer Garten
Zoologischer Garten
Lübeck.

Täglich geöffnet.
Jeden Sonntag von 4 Uhr an und jeden Freitag
von 5 Uhr an: Konzert.
NB. Junge Löwen im Ansehaufung zu sehen